GLASUL MINORITĂŢILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG IX. IULIE-AUGUST / JUILET-AOUT / JULI-AUGUST 1931. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER 7-8

Missbrauch mit der Gründung einer Liga für den Völkerbund.

Gelegentlich der im Oktober 1926 in Salzburg abgehaltenen Sitzung der Internationalen Völkerbundsligenunion geschah der erste dahingehende Versuch, in einigen, die ungarischen Minderheiten betreffenden Fragen das Einverständnis zwischen den Ligen Rumäniens, Jugoslawiens und der Federation Ungarns zustande zu bringen. Dieser Versuch blieb zwar erfolglos, doch führte er dahin, dass an der Sitzung der Minderheitssektion der Völkerbundsligenunion am 23. Februar 1927 in Brüssel Julius Pekár, der Führer der ungarischen Delegation feststellte, der erklärte Standpunkt der rumänischen und jugoslawischen Delegation habe die logische Folge, dass in Rumänien wie in Jugoslawien den Nationalminderheiten gestattet werde, Ligen zu gestalten, damit auch diese mit den schon vorhandenen Ligen in Fühlung treten können. Dies ist umso natürlicher, als in Italien, Dänemark und in der Tschechoslowakei schon solche, auf minderheits-nationaler Grundlage geschaffene Ligen bestehen. Auf diese Ausführungen Pekárs hin sagte der rumänische Delegierte Pangrati, wenn die Minderheiten Rumäniens die Schaffung solcher Ligen als zweckmässig betrachten, so würde die rumänische Liga ihre Absicht bereitwillig unterstützen. (Verrais d' un oeil favorable).

Dieser Ausspruch tat es den führenden Persönlichkeiten der ungarischen Minderheit Rumäniens zur Pflicht, das Zustandekommen des „Ungarischen Volksliga-Verbandes" (Magyar Népliga-Egyesület" anzubahnen. Sie nahmen sich bei der Gründung den tschechoslowakischen Ungarischen Volksligenverband zum Beispiel, dessen Statuten sie – mutatis mutandis – auch

für ihren Zwecken entsprechend fanden. Der Ungarische Volksligenverband Rumäniens kam also noch am 14. Mai 1927 in Székelyudvarhely zustande, verfasste seine Statuten, wählte seine Funktionäre und tat sogleich die nötigen Schritte, um gemäss der rumänischen Gesetze für sich die Anerkennung als Rechtsperson zu verschaffen.

Diese Anerkennung verzögerte sich zwar um einige Zeit, doch nahmen währenddessen die Delegierten des Ungarischen Volksligenverbandes an den Sitzungen der Ligenunion als Beobachter teil, und nun ist der Verband ungehindert tätig.

Jetzt wollen wir aber die Lage in Jugoslawien betrachten.

Als die leitenden Persönlichkeiten der dort lebenden ungarischen Minderheit wahrnahmen, dass die hervorragenden Vertreter der ungarischen Minderheit Rumäniens, wie der Tschechoslowakei in der internationalen geistigen Arbeit bereits ungestört teilnehmen, schufen sie im Herbst 1928 ebenfalls ihren Volksligenverband. Sie wählten ihre Funktionäre, (Präsident Dr. Georg Sántha Arzt, Generalsekretär Dr. Leo Deák Advokat, verfassten ihre Statuten und reichten diese in serbischer Sprache in fünf Exemplaren beim Somborer Zsupan ein, mit der Bitte, diese behufs Genehmigung zum Innenminister zu befördern. Gleichzeitig sandten sie ein französisches Exemplar der Statuten an Professor M. Th. Ruyssen, den Generalsekretär der Völkerbundsligenunion und baten ihn, die konstituierte Liga in die Union aufzunehmen.

Generalsekretär Ruyssen antwortete sogleich und verständigte die Führer der Liga, die Mitglieder derselben könnten an den Sitzungen der Union als Beobachter teilnehmen, bis dahin, als ihre Statuten regierungsbehördliche Genehmigung erlangen.

Der Herr Generalsekretär konnte natürlich nicht ahnen, dass es eine Regierung gebe, die hinsichtlich der Genehmigung Schwierigkeiten macht, umsoweniger, als die Deutschen Jugoslawiens einige Monate später als wir, die Statuten ihres Volksligenverbandes zur regierungsbehördlichen Genehmigung einreichten, welche diese im Frühjahr 1929 auch erlangten.

Nachdem die Führer des Ungarischen Volksligenverbandes sich vergeblich um die Genehmigung bemühten, baten sie Herrn Generalsekretär Ruyssen zu wiederholtenmalen um sein Eingreifen, der dies auch versprach und den Führern der Ungarischen Volksligenunion die Weisung gab, mit dem jugosla-

wischen Volksligenverband in Verbindung zu treten, diesen um seine Unterstützung bittend. Dieses wurde auch getan und im Namen desselben versprach Herr Chakovitsch, die Genehmigung werde in kürzester Zeit beschaffen sein.

Leider konnten die Führer des Ungarischen Volksligenverbandes trotz alledem die Einladung der Ligenunion zu allen ihren Sitzungen nicht in Anspruch nehmen, aus dem einfachen Grunde, weil die Behörden ihnen die Ausgabe der Reisepässe verweigerten. Sie konnten zu der im Mai dieses Jahres stattgefundenen Sitzung auch nicht reisen, obwohl der jugoslawische Delegierte Jovanovits, wenn wir uns richtig erinnern, gelegentlich der Brüsseler Sitzung vor der Ligenunion erklärte, er werde bis zu diesem Zeitpunk die Genehmigung der Statuten bewerkstelligen.

Nach diesen Begebenheiten war es entschieden überraschend, als in dem in Subotica erscheinenden „Napló" am 25. Juli dieses Jahres ein Artikel folgenden Passus enthielt: „Aus Novisad wird gemeldet: Die ungarische Bevölkerung von Novisad hielt Donnerstag abends eine weitläufige Besprechung, während welcher die Konstituierung des Ungarischen Volksligenverbandes von Jugoslawien ausgesprochen wurde. In der Sitzung wurde beschlossen, im Rahmen der Liga eine Landesaktion zum Ausbau der wirtschaftlichen Organisationen Jugoslaviens anzubahnen und innerhalb dieser das gesamte Ungartum Jugoslawiens zu konzentrieren."

Dass auf diese Zeitungsnachricht hin sich die Führer des schon in 1928 konstituierten Volksligenverbandes zu interresieren begannen, wer denn eigentlich Diejenigen sind, die jetzt mit einemmal eine Konkurrenzliga bilden, ist selbstverständlich und nur zu natürlich. Sie erfuhren, dass der eigentliche Anführer dieser Ligenbewegung ein Arzt, Dr. Gabriel Szántó ist, der in der ganzen Voivodina durch seine an vielen Orten abgehaltenen ungarischen Volksversammlungen berüchtigt ist, (die Behörden verhindern ihn daran nicht), der Regierung Vertrauen votieren lässt. Er begrüsst die Diktatur mit Begeisterung und verwahrt sich dagegen, dass die ungarische Minderheit mit ihren Beschwerden im Ausland Klage erheben wolle, denn seiner Meinung nach besteht kein Grund zu Beschwerden. Damit Dr. Szántó nicht nur in diesen, durch Dorfbehörden organisierten Volksversammlungen, sondern vor dem Forum der ganzen Welt

seine grosse Zufriedenheit mit dem System der Diktatur verkünden könne, darum musste er den ungarischen Volksligeverband gründen und darum gelang es ihm auch, unter No. 22119/1931 des Innenministeriums die eingereichten Statuten binnen einiger Tage zu genehmigen.

Dass Dr. Szántó nur dieses Ziel verfolgt und er keinen rechten Begriff davon hat, was die Bestimmung des Volksligenverbandes ist, beweist nichts besser, als dass die konstituierende Generalversammlung in Novisad in ihren Ausschuss folgende Männer aufnahm: Mattheus Pászti Fuhrmann, Andreas Raksza Wagner und Johann Szabó Kleinweingartenbesitzer. Doch war an dieser konstituierenden Versammlung überhaupt nur von wirtschaftlichen Fragen die Rede, denn Fuhrwerker verstehen wohl kaum solche Ziele, welche die Ausführungen von Prof. Ruyssen, Frau Bakker van Bosse und Prof. Bovet etc. umschrieben.

Wir sind wahrhaftig neugierig: wenn diese neue, nun schon mit genehmigten Statuten versehene Liga in die Union Aufnahme bittet, ob dann die Union diese Gabriel Szántó und Fuhrmann-Pászti-Formation unter ihre Mitglieder aufnehmen will, während trotz dem Versprechen aller ernsten Faktoren der vor drei Jahren konstituierte Ungarische Volksligenverband seine Tätigkeit nicht beginnen konnte darum, weil die Diktatur jenen Männern die Reisepass-Ausgabe verweigert, die berufene Vertreter der ungarischen Minderheit sind, die im politischen Leben Jugoslawiens Mitglieder der Gesetzgebung waren und die infolge ihres Wissens und ihrer Bildung mit den Mitgliedern der internationalen Organisationen schon seit Langem Fühlung haben.

Wenn die Szántó'sche Formation vor der Ligenunion Anerkennung gewinnt, so wird man wahrscheinlich noch an vielen Orten erfahren, dass Regierungs-Organisationen mit diktatorischem Geiste jenen Missbrauch sich zum Muster nehmen, der gegenüber der Ligenunion in Jugoslawien mit Erfolg ausprobiert wurde.

Die Wege der rumänischen Minderheitenpolitik.

Von: **Zsombor v. Szász.**

Dieser Artikel des hervorragenden ungarischen Publizisten erschien im „Pester Lloyd" am 9. Juli 1931. Von dort übernehmen wir ihn, damit unsere Leser sehen, dass auch die ungarische Publizistik die wichtigeren Aussprüche der Tronrede gehörig bewertet.

In der Tronrede, mit der die neue rumänische Kammer eröffnet wurde, ist ein Passus enthalten, der – obgleich er der öffentlichen Aufmerksamkeit in einem Masse entgangen ist, dass sogar die ungarischen Blätter Siebenbürgens keine Notiz von ihm nahmen – dennoch den Eindruck erweckt, dass die künftigen Schicksale der Minderheiten Rumäniens, also auch diejenigen des Ungartums, vor einer Wendung stehen. Der König spricht in seiner Tronrede einige Worte, die geeignet sind, in den Minderheiten die Zuversicht hervorzurufen, dass Rumänien bereit ist, mit seiner bisherigen Minderheitenpolitik zu brechen und die Rechtslage der Minderheiten im Geiste der übernommenen internationalen Verpflichtungen zu regeln.

Die Haltung Rumäniens der Minderheiten gegenüber ist bekanntlich durch den am 9. Dezember 1919 unterzeichneten, auf die sogenannten Minderheiten bezüglichen Vertrag geregelt, der skizzenhaft, einem Rahmengesetz gleich die Rechte der Minderheiten festsetzt, die Rumänien unter seine Grundgesetze zu kodifizieren verpflichtet ist. Dieser Verpflichtung ist Rumänien nicht nachgekommen. Ganz im Gegenteil ist im § 1 der im Jahre 1923 amendierten Verfassung ausgesprochen, dass „das Königreich Rumänien einen einheitlichen unteilbaren nationalen Staat bildet", und nach § 5 steht „jeder Rumäne ohne Unterschied der Rasse, der Sprache und der Glaubenszugehörigkeit im Genusse aller Rechte und Freiheiten, die das Gesetz gewährleistet." Anlässlich der parlamentarischen Verhandlung der Verfassungsrevision aber erklärte der damalige Justizminister Marzescu kommentierend, dass die Verfassung zwar die Gleichberechtigung gewährleistet, „diese jedoch keine von der rumä-

nischen Nationalität verschiedenen Einheiten bilden, da im einheitlichen Nationalstaat bloss eine Nationalität existiert und diese die rumänische ist." Diese aber war nicht ein Erfordernis der Einheit der rumänischen Staatsbürgerschaft, sondern eine Verneinung des Vorhandenseins der völkischen Minderheiten.

In den letztverflossenen zehn Jahren war das der Standpunkt aller liberalen oder volksparteilichen Regierungen des Regats und nichts ist natürlicher, als dass bei dieser Auffassung das Recht der Minderheiten gewissermassen verschollen ist, und zwar nicht bloss, weil die Verfassung die völkischen Minderheiten nicht als „Einheiten", als Rechtspersonen, anerkannte, sondern auch weil die Rechtsgleichheit auch in abstraktem Sinne noch keine Minderheitenrechte bildet.

Das Ergebnis davon war die schonungslose Unterdrückung der Minderheiten, das Verbot des Gebrauches der Minderheitensprachen, die Schulgesetze des Ministers Anghelescu, die nach den Provinzen verschiedenen Agrargesetze, die Verweigerung der staatlichen Subsidien, die Verdrängung der Minderheiten aus dem Parlament.

Einen ganz anderen Weg betrat die zum Teil aus siebenbürgischen Rumänen bestehende nationale Bauernpartei.

Als im Herbst 1868 im ungarischen Abgeordnetenhause das ungarische Nationalitätengesetz zur Verhandlung gelangte, unterbreiteten die rumänischen und serbischen Mitglieder des Nationalitätenausschusses einen besonderen Gesetzentwurf, der im § 1 aussprach, dass „in Ungarn die Ungarn, Rumänen, Serben, Slowaken, Russen und Deutschen als gleichberechtigte Nationen anerkannt werden"; hier also waren staatsbildende Nation und Nationalität, Mehrheit und Minderheit einander nicht gegenübergestellt, sondern der Begriff gleichberechtigter Nationalitäten des Landes zur Geltung gebracht. Dergleichen mag auch den siebenbürgischen Rumänen vorgeschwebt haben, als sie anlässlich des Abfalls im Jahre 1918 in der Karlsburger Resolution „sämtlichen zusammenlebenden Völkern die volle nationale Freiheit gewährleisteten, also nicht die „Rechtsgleichheit", sondern die „nationale Freiheit", libertate națională. Dies aber bedeutet bereits ein Minderheitenrecht. Als Beweis hiefür mag eine Vorlesung Maniu's vom Mai 1924 dienen, worin er ausführte, dass die siebenbürgischen Rumänen „unter nationale Freiheit in der Vergangenheit das Recht und die Freiheit der

Minderheiten verstanden haben, und da diese Ursprung und Sinn ihrer politischen Konzeption ist, so kann auch die Karlsburger Resolution keinen anderen Ursprung und keinen anderen Sinn haben." Diese Theorie war verpflichtend, und als im November 1928 die Nationale Bauernpartei das Ministerium Maniu bildete, kündigte der letztere in der Tat an, dass sie die gesetzliche Inartikulierung des Minderheitenrechtes als ihre Aufgabe betrachtet. Dass nichts daraus wurde, ist eben ein Teil der Tragödie des siebenbürgisch-rumänischen Ungartums und Manius.

Nach so vielen Misèren und Enttäuschungen der Minderheiten kam im verflossenen Frühjahr die neue Regierung, an ihrer Spitze Nicolai Iorga, der seit dem Bestand Grossrumäniens in seinem Blatte „Neamul Românesc", sowie in Vorlesungen im Inland und im Ausland den Minderheiten gegenüber das Verstehen und die Notwendigkeit der Anerkennung ihrer Rechte verkündete. In seinem Manifest anlässlich seines Regierungsantritts hat er denn auch die Unterstützung derer appelliert, „die durch die unerbittliche Logik der Geschichte zu unseren Mitbürgern geworden sind und die mit ihrer unantastbaren moralischen Kraft unsere brüderlichen Mitarbeiter werden müssen." Er meinte darunter die Minderheiten, auf deren Mitarbeit er selbstverständlich bloss unter der Voraussetzung zählen kann, dass ihre rechtlichen Ansprüche Befriedigung finden. In dieser Beziehung unternahm nach der Tronrede Iorga den ersten Schritt, indem er anerkannte, dass der rumänische Staat aus der Gesamtheit von verschiedenen ebenbürtigen Völkern besteht, und indem er die Parteien der Gesetzgebung aufforderte, alles zurückzustellen, was sie voneinander trennt, und einträchtig daran zu arbeiten, um „dieses gesegnete Land und seine Völker, an der Spitze kraft ihrer Geschichte, ihrer Arbeitsamkeit, ihrer Tapferkeit und ihrer Opfer die rumänische Nation steht, zum Gedeihen zu führen."

Die Konzeption entspricht durchaus der Wirklichkeit. Sie war eine amtliche Anerkennung der Tatsachen, eine Anerkennung dessen, was der Klausenburger Universitätsprofessor Onisifor Ghibu in den ersten Jahren des Bestandes Grossrumäniens konstatierte, dass nämlich Rumänien einer der buntesten Nationalitätenstaaten Europas ist.

Dass die chauvinistische Partei unter Duca und Goga sich

gegen diese Konzeption gewendet hat, ist natürlich. Weniger verständlich sind die Auslassungen des amtlichen Organs der siebenbürgischen Nationalpartei, der „Patria“: „Wir Rumänen sind die staatsbildende Nation, Rumänien ist ein Nationalstaat. Der Umstand, dass in Rumänien auch ethnische Minderheiten in untergeordneter Zahl leben, ändert durchaus nichts an dem nationalen Charakter des Staates. Eben vermöge seiner überlegenen Mehrheit, seiner überlegenen Eigenschaften und Traditionen, über die das rumänische Volk verfügt, muss der rumänische Staat der Nationalstaat der Rumänen sein. Die Minderheiten können geniessen und geniessen auch wirklich ihre gesamten Rechte, doch hat das nicht den Sinn, als ob es hier einen aus einem Völkerkonglomerat bestehenden Staat gebe, innerhalb dessen die rumänische Nation sich bloss der Priorität erfreut.” Selbst von seiten einer erbitterten, in die Opposition gedrängten Partei ist solche Prinzipienverläugnung kaum verständlich, obzwar die Tronrede bloss eine Neuformulierung der Konzeption der rumänischen Nationalpartei und der Karlsburger Resolution ist.

Noch weniger verständlich ist das spätere Verhalten des Ministerpräsidenten selbst. Sofort nach Eröffnung der parlamentarischen Tagung unterbreitete Iorga zwei Gesetzentwürfe: einen über die Reform des höheren Unterrichts, einen zweiten über die Reform der Bakkalaurea-Prüfung. Beide Gesetzentwürfe würden den Minderheiten ernste und wirkliche Vorteile gesichert haben, doch wurden beide Gesetzentwürfe von der regierungsfreundlichen Mehrheit der Kammer arg umgemodelt, so arg, dass daraus alle Vorteile für die Minderheiten wegblieben.

Dessenungeachtet geben wir die Hoffnung nicht auf, dass der Ministerpräsident, sobald sich seine Position in den gesetzgebenden Körperschaften kräftigt, sein Versprechen einlösen und als ehrlicher Politiker, der unter den rumänischen Staatsmännern sicherlich das grösste Gewicht auf die Mehrung des Ansehens der Dynastie legt, den Worten Geltung verschaffen wird, die er in der Tronrede seinem schwärmerisch geliebten jungen Herrscherr in den Mund gelegt hat.

In chestia fundaţiunilor.

Aflăm de necesar a comunica cetitorilor noştri interpelaţia în chestia fundaţiunilor şcolare, rostită de d-l deputat *Francisc Laár* în şedinţa Camerei din 10 Iulie, precum şi răspunsul d-lui primministru *Iorga* în această chestiune:

Domnule Preşedinte, Domnilor Deputaţi!

Proectul pentru organizarea ministerului instrucţiunii are de scop, dupăcum se evidenţiază şi din expunerea de motive, ca să asigure o colaborare strînsă între diferitele organe ale ministerului.

Vă declar dela început, că nu vreau să vă răpesc timpul, am însă o simplă reservă asupra Articolului XIV., care după părerea mea, pretinde o redactare mai clară, pentru a evita orice neînţelegeri.

Art. XIV. din proectul de lege spune următoarele: Ministerul prin administraţia Casei Şcoalelor are controlul tuturor instituţiilor şi fundaţiilor, create prin acte de donaţii, legate sau legi, având administraţie proprie sau dată în administraţiunea oricărei autorităţi sau instituţiuni, veghind ca veniturile fondurilor respective să se întrebuinţeze scopului la care au fost destinate.

Bugetele acestor instituţiuni sau fundaţiuni trebuesc aprobate de Casa Şcoalelor, iar gestiunea lor verificată. Casa Şcoalelor va percepe 10% din venitul lor.

Toate actele de dispoziţiune ale acestora, cu privire la bunuri, trebuesc să aibă aprobarea prealabilă a Casei Şcoalelor. Casa Şcoalelor poate intenta orice acţiune de orice natură în numele şi pentru apărarea drepturilor instituţiilor şi fundaţiilor mai sus arătate.

Legea veche prevedea că acest Articol se referă numai la şcolile statului, nu şi la şcolile particulare şi confesionale, cari erau exceptate. Aşi ruga pe Domnul Ministru să ne dea o lămurire precisă în această privinţă.

D. profesor D. Pompeiu, preşedinte: Domnul primministru are cuvântul.

D. profesor N. Iorga, preşedintele Consiliului, ministrul in-

strucțiunii publice și al cultelor și ad-interim la ministerul de externe: Domnule deputat Laár, vă asigur, că nu numai că nu este în proectul de lege o intențiune de a atinge fundațiunile cu caracter particular și confesional, dar, chiar dacă eu aș vroi să o fac, nu am dreptul să o fac. Niciodată vre-o instanță judecătorească nu va putea recunoaște Casei Școalelor dreptul de a se amesteca acolo, unde nu este o donațiune de caracter școlar, făcută statului român. Aceasta ar însemna un abuz și o uzurpațiune, pe care orice instanță judecătorească ar respinge-o.

Așa încât, puteți să fiți cu desăvîrșire asigurați în această privință și eu, tocmai de aceia n'am precizat, pentrucă este un principiu superior de drept, care m'ar împiedica *de a impieta* asupra drepturilor unor astfel de așezăminte, de a se conduce fără nici un amestec din partea Casei Școalelor.

D. Francisc Laár: Mă declar mulțumit cu răspunsul domnului primministru și cu aceasta am și terminat cuvântarea mea.

Zu dem kommenden VII. europäischen Nationalitäten-Kongress.

Zum siebenten Male versammeln sich vom 29—31. August d. J. die Vertreter aller europäischen Nationalitäten zu ihrer Tagung in Genf. Im Mittelpunkt des Interesses auf der diesjährigen Tagung wird die Publikation über die Lage der europäischen Nationalitäten stehen. Die Herausgabe dieser Publikation — einer Aufgabe, deren Bewältigung die Skeptiker noch kürzlich für unmöglich hielten — bedeutet die beste Antwort auf die von interressierter Seite kommende Behauptung, dass die divergierenden Interessen der Völker die europäischen Nationalitäten zweifellos auseinanderbringen müssten. Die Solidarität unter den Nationalitäten hat sich also so stark erwiesen, dass sie eine Zusammenfassung der authentischen Berichte über ihre Lage nunmehr der Öffentlichkeit übergeben und diese Berichte zur Grundlage des wesentlichsten Punktes ihrer diesjährigen Tagesordnung machen.

Im Anschluss an diesen Punkt wird dann die Behandlung der Ergebnisse, die in Estland während der sechs Jahre des

Bestehens der Kulturautonomie erworben wurden, stehen und zwar wird, was ein besonderes Interesse verdienen dürfte, den Ausgangspunkt dazu das Ergebnis einer Enquête bilden, die soeben bei den Führern der politischen Parteien des etnischen Mehrheitsvolkes durchgeführt wurde. Die Antworten der Politiker des etnischen Mehrheitsvolkes über die Erfahrungen mit dem Autonomiegesetze dürften ohne Zweifel die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise auf sich lenken. Ja, sie dürften unter Umständen die Frage rechtfertigen, warum man sich gegebenen Ortes bisher nicht der Überprüfung einer Anwendbarkeit des in Estland verwirklichten Grundsatzes auch in den anderen europäischen Staaten beschäftigt hat.

Als weiterer Punkt der Tagesordnung gelangt dann die Frage Abrüstung-, Sicherheit- und die Ungelöstheit der Nationalitätenfrage zur Behandlung. Die Nationalitäten halten angesichts der bevorstehenden Abrüstungskonferenz es nämlich für ihre Pflicht, auf die eigentlichen Zusammenhänge, die ihres Erachtens in der Abrüstungsfrage bestehen — auf die Rolle, die dabei der Ungelöstheit der Nationalitätenfrage zukommt — hinzuweisen.

Ferner wird der Kongress sich auch noch mit der im vergangenen Jahre begonnenen Behandlung der Frage von den „Organisierten Volksgemeinschaften in Europa" befassen, d. h. in diesem Jahre soll eine Diskussion über „die praktischen Erfahrungen und grundsätzlichen Vorschläge" zur Verwirklichung einer Zusammenfassung aller Teile ein und desselben Volkes auf nationalkulturellem Gebiete über die staatlichen Grenzen hinweg erfolgen.

Was die Aufnahme neuer Gruppen betrifft, so lässt sich schon jetzt die Teilnahme der Slowaken aus Ungarn und der Griechen vom Dodekanes, (die bekanntlich unter italienischer Herrschaft stehen), verzeichnen.

Die wirtschaftliche Lage der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei.

Von: **Edmund Tarján.**

Die Gesetze und Verfügungen der tschechoslowakischen Republik auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens sind durch die Hypertrophie der staatlichen Kontrolle und Einschränkungen der individuellen Tätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete gekennzeichnet.

Im Besitze der Macht hatte die Koalition planmässig die Kontrolle der Minderheiten auf wirtschaftlichem Gebiete im Interesse der Verwirklichung des Nationalstaates ausgebaut.

Aktiengesellschaften bedürfen nicht nur zur Gründung, sondern auch zur Kapitalerhöhung und Nostrifizierung der Regierungsgenehmigung.

Für den Westeuropäer wird es ganz unverständlich sein, dass jemand im Besitze des gesamten Aktienkapitals einer Unternehmung sein eigenes Geld seinem Unternehmen in Form einer Kapitalserhöhung nur mit Genehmigung der Regierung zur Verfügung stellen kann. Dass dies für Unternehmungen der Minderheit nicht ohne Hindernissen erwirkt wird, erfolgt schon aus den politischen Intentionen der Mehrheit.

Die Krone hatte die in der Regierung sitzende Koalition auf ihre, die Knebelung des Wirtschaftslebens abzielenden Verfügungen durch die am Ende des Jahres 1927 in Kraft getretenen Bankgesetze aufgesetzt.

Der Zweck dieser Gesetze ist die Kontrolle der Geldinstitute, also Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften, die auf Einlagebücher Einlagen annehmen, und zwar im Interesse der Einleger.

Das Gesetz 437 verfügt über die Schaffung eines Fonds zur Milderung der nach dem Kriege eingetretenen Verluste, an welchen sich die sich mit Bankgeschäften befassenden Aktiengesellschaften, Vorschusskassen und teilweise auch Sparkassen beteiligen. Der Fond wird durch einen aus 17 Mitgliedern bestehenden Ausschuss verwaltet, dessen Mitglieder der Finanzminister ernennt.

Dem Fonde steuern die Banken im Verhältnisse ihrer Dividenden mit 0.1 bis 1.25 Prozent und das Finanzministerium zu Lasten des staatlichen Budgets 40 Jahre hindurch mit einem Betrage von jährlich 50 Millionen Kč bei.

Das Gesetz Nr. 238 verfügt über die Errichtung eines allgemeinen Fonds der Geldinstitute der Tschechoslowakischen Republik. Der Sitz dieses Fonds ist ebenso wie bei dem früher erwähnten, Prag, seine Mitglieder sind Geldinstitute, Sparkassen, Vorschusskassen, Kreditgenossenschaften und Aktiengesellschaften, welche sich mit Bank- und Geldgeschäften befassen, Einlagebücher herausgeben oder Einlagen auf laufende Rechnung annehmen. Mitglieder dieses Fonds sind alle am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes bestehenden Geldinstitute. Die 12 Mitglieder des Verwaltungsausschusses werden ebenfalls von der Regierung ernannt. Auf den Fond müssen alle seine Mitglieder nach allen Zinsenbeträgen, welche sie nach Kontokorrent Einlagen, nach Einlagebüchern und nach Kassaanweisungen auszahlen, 1½ Prozent bei der Landesbank erlegen.

Jedes Geldinstitut ist berechtigt, eine Unterstützung anzufordern, aber die Gewährung ist ein diskretionelles Recht des Ausschusses, welcher die Neuorganisierung des Institutes als Bedingung stellen oder die Fusion mit einem anderen Institute oder auch die Liquidierung desselben fordern kann.

Zum Schlusse sei das Gesetz Nr. 239 erwähnt, welches über die Kontrolle der die Einlagebücher herausgebenden Aktiengesellschaften, Banken und Geldinstitute verfügt.

Die Aktiengesellschaften ebenso wie auch Gesellschaften mit beschränkter Haftung können Einlagebücher nur mit Zustimmung des Finanzministeriums herausgeben.

Die Genossenschaft, welche die Kontrolle über die erwähnten Institute auszuüben hat, wird aus den interessierten Genossenschaften derart gebildet, dass ihre Mitglieder nach je 250.000 Kč Aktienkapital einen Anteil zu zeichnen verpflichtet sind, welcher zu einer Stimme berechtigt.

Durch diese, scheinbar dem öffentlichen Interesse dienende Verfügung, wurde die Selbständigkeit der Geldinstitute aufgehoben und die ungarischen Geldinstitute demzufolge dem Verfalle preisgegeben.

Das Gesetz Nr. 237 begründet den Zweck der Schaffung des Bankfondes deutlich damit, dass dieser zum Ersatze der

nach dem Kriege erwachsenen Verluste diene. Bei unseren ungarischen Geldinstituten wurde aber durch die Verwaltungskommission des Fonds, in welcher die ungarische Minderheit keine Vertretung hat, in den meisten Fällen entweder die Liquidierung oder die Fusion mit einem anderen zum Interessenkreise der Mehrheit gehörenden Geldinstitute vorgeschrieben.

Der gegründete Fond, welchem auch die ungarischen Geldinstitute auf die vorerwähnte Weise beisteuern und welcher auch aus Steuergeldern von der Regierung ebenfalls durch 40 Jahre einen Betrag von 50 Millionen Kč erhält, hätte eben zur Linderung der durch die Teilung der Valuta und durch die Zeichnung der Kriegsanleihen verursachten Verluste Verwendung finden sollen. Die Aufteilung des Fondes ist aber durch eine fast an die Beschränktheit grenzende Kurzsichtigkeit und Eigennützigkeit so erfolgt, dass kein ungarisches Institut, welches den ungarischen Charakter behalten hat, daran beteiligt wurde. Von unserem Standpunkte bedeuten also die Bankgesetze, die eigentlich der Konsolidierung des Wirtschaftslebens dienen sollten, nichts weiter, als dass durch dieselben die tschechoslowakische Regierung die schon ohnedies geschwächten und um ihr Dasein schwer kämpfenden ungarischen Geldinstitute zu Steuerzahlern der zur Mehrheit gehörenden Geldinstitute gemacht hatte.

Wie sich die Lage der ungarischen Banken und Sparkassen während der tschechoslowakischen Herrschaft gestaltet hat, zeigen die nachfolgenden Daten:

Der Verband der Geldinstitute der Slowakei und Karpathorussland zählte vor dem Inkrafttreten der Bankgesetze in der Slowakei 126, in Karpathorussland 18 Mitglieder, deren Bilanzsummen die folgenden Zahlen aufweisen:

Aktiva:

Wechsel	Kč	522,000.000
Giro-Konto	„	212,000.000
Wertpapiere	„	478,000.000
Immobilien	„	71,000.000
Auf laufende Rechnung	„	803,000.000
Hypothekarkredite	„	110,000.000
Summa:	Kč	2.196,000.000

Passiva:

Aktienkapital	Kč	217,000.000
Reserven	„	85,000.000
Einlagen auf Bücher	„	1.191,000.000
Einlagen auf laufende Rechnung	„	518,000.000
Verschiedene Passiva	„	155,000.000
Übergangsposten	„	30,000.000
Summa:	Kč	2.196,000.000

In derselben Zeit war der Status der übrigen, also nicht ungarischen Geldinstitute in der Slowakei und Karpathorussland folgender:

Aktienkapital	Kc	180,000.000
Reserven	„	151,000.000
Einlagen auf Bücher	„	613,000.000
Einlagen auf laufende Rechnung	„	188,000.000
Summe:	Kc	1.132,000.000

Die Durchführung der Bankgesetze hat die Anzahl der ungarischen Geldinstitute auf ein Viertel vermindert. Der Einfluss der ungarischen Geldinstitute auf das Wirtschaftsleben ist aber noch geringer geworden. Regierungsverordnungen zufolge werden nämlich durch die Gerichte und Behörden Garantien von einzelnen auserwählten Instituten angenommen. Beim Anlegen von öffentlichen Geldern finden die ungarischen Geldinstitute überhaupt keine Berücksichtigung. Der allgemein anerkannte Geschäftssinn des tschechischen Volkes hatte im Wirtschaftsleben unserer Minderheit vielleicht nie wieder gutzumachende Folgen verursacht. Die wirtschaftliche Tätigkeit der zur Mehrheit gehörenden Unternehmungen wird durch die Anlage von Staatsgeldern bei mässigem Zinsfuss gefördert und die Kreditansprüche durch die Verwaltung der verschiedenen sozialen Fonds, welche enorme Beträge anhäufen, unterstützt, in deren Leitung das Magyarentum auch nicht einmal die Möglichkeit einer Kontrolle besitzt.

So erhielten Geldinstitute, die über entsprechende Beziehungen verfügen, wiederholt Unterstützungen aus dem 1250 Millionen betragenden Fonde, hingegen fanden die ungarischen Geldinstitute keine Berücksichtigung. Ein Bild über die Kapitalsbildung und -Verteilung gibt die Statistik über Einlagen der Geldinstitute in den historischen Ländern, der Slowakei und Karpathorussland.

An Schluss des Jahres	Banken in Böhmen, Mähren und Schlesien		Sparkassen in den hist. Ländern		Kreditgenossenschaften in Böhmen, Mähren, Schlesien				Landwirtschaftliche Kreisvorschusskassen in Böhmen		Aktien-Geldinstitute in der Slowakei und Karpathorussland	
					Vorschusskassen		Raiffeisengenossenschaften					
	Anzahl der Institute	Summe der Einlagen in Tausend Kč	Anzahl der Institute	Summe der Einlagen in Tausend Kč	Anzahl der Institute	Summe der Einlagen in Tausend Kč	Anzahl der Genossenschaften	Summe der Einlagen in Tausend Kč	Anzahl der Institute	Summe der Einlagen in Tausend Kč	Anzahl der Institute	Summe der Einlagen in Tausend Kč
1919	26	1267	366	5326	1413	2387	3798	1346	145	829	213	1137
1920	34	2286	370	5886	1453	2898	3820	1600	146	1019	243	1401
1921	39	4158	371	7406	1459	4317	3872	2292	148	1491	217	1923
1922	41	6061	372	8636	1479	5202	3899	2649	151	1712	200	2082
1923	39	6332	372	10260	1528	5871	3931	2924	154	1908	177	2088
1924	35	7295	373	11058	1575	6665	3978	3327	154	2175	157	2215
1925	34	8158	370	118 1	1636	7344	4006	3616	158	2405	132	2317
1926	31	8978	375	12942	1696	8194	4027	3876	166	2675	103	2358
1927	31	9137	374	15420	1663	9108	4047	4030	169	2950	108	2787

Diese Statistik gibt zwar nur ein annäherndes Bild der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Zentralismus, sie beweist aber immerhin, dass man dem Spruche des Kardinal Kolonics: „Faciam Hungariam captivam deinde mendicam postea . . . .“ heutzutage,

wo alles von Demokratie strotzt, noch mit mehr Erfolg Geltung verschaffen kann, als es seinerzeit der berühmte Kardinal versucht hatte.

Die angeführten Zahlen geben uns nur deshalb ein annäherndes Bild über die tatsächliche Lage, weil sie nur den Stand der Einlagen bei den Geldinstituten ausweisen. Wir müssten noch den Teil der verschiedenen sozialen Fonde berücksichtigen, welcher nicht bei den Geldinstituten angelegt wurde, sowie auch den Ausfall des der Slowakei und Karpathorussland gebührenden Anteils der Investitionen und staatlichen Anschaffungen, welche sich minimal auf 10 Milliarden Kč belaufen. Das Resultat ist geradezu niederschmetternd. In erster Reihe für uns Ungarn, aber auch für die ganze Urbevölkerung der Slowakei und Karpathorussland. Indem nämlich die Geldinstitute in den historischen Ländern einen Zuwachs der Einlagen von 29.470,000.000 Kč vom Ende des Jahres 1919 bis Ende des Jahres 1927 aufweisen, ist in demselben Zeitraume der Zuwachs der Einlagen der von 213 auf 108 verminderten Geldinstitute in der Slowakei und Karpathorussland 1650 Millionen, d. h. 5.6 Prozent des gesamten Zuwachses.

Aber auch diese Erhöhung kommt in erster Reihe bei den slowakischen und tschechischen Geldinstituten der Slowakei zum Ausdrucke und nur in bescheidenem Masse bei den noch bestehenden ungarischen Instituten.

Diese Zahlen befehlen nicht nur der ungarischen Minderheit Halt. Hier wird das Schicksal der Ungarn mit dem der Slowaken, der Deutschen und der Ruthenen verknüpft. Wir alle haben die Gerichte derselben Hexenküche verzehrt und leiden demzufolge alle an derselben Krankheit. Bei uns Ungarn machen sich die Folgen in erhöhtem, bei den zur Macht näherstehenden Slowaken in geringerem Masse bemerkbar.

Die Verschiebung, welche sich zugunsten der historischen Länder feststellen lässt, beweist, dass die Völker der Slowakei und Karpathorusslands, auch die befreiten Slowaken inbegriffen, mit der Entwicklung des Wohlstandes der historischen Länder nicht Schritt halten können und demzufolge auch in ihrer sozialen und kulturellen Entwicklung hinter derselben zurückbleiben müssen.

Der mit den alliierten und assoziierten Mächten am 10. November 1919 in Saint Germain abgeschlossene Vertrag sichert

den Schutz der in der Tschechoslowakei lebenden Minderheiten und erklärt jede gesetzliche Handlung, welche der Mehrheit einen Vorteil über die Minderheiten gewähren sollte, als diesem Vertrage widersprechend.

Das Bodenreformgesetz, nämlich das Gesetz vom 16. April 1919, welches die Beschlagnahme des Grossgrundbesitzes anordnet, als auch das Gesetz vom 28. Mai 1919 über die Kleinpachtungen ebenso wie das Entschädigungsgesetz machen selbstverständlich keinen ausgesprochenen Unterschied zwischen den Nationen der Mehrheit und der Minderheit. Die Beschlagnahme betrifft jeden landwirtschaftlichen Besitz, welcher die Fläche von 150 Hektar übersteigt oder jeden Grundbesitz über 250 Hektar samt den dazu gehörigen Gebäuden und Industrieunternehmungen.

Die tschechoslowakische Regierung führt eben diese allgemein gehaltene Verfügung bei allen Beschwerden vor dem Völkerbunde oder anderen internationalen Tribunalen ins Treffen und wird die Bodenreform als ein greifbarer Erfolg der demokratischen Entwicklung von den vornehmen Ausländern, die sich um die Verhältnisse in der Republik interessieren, angeführt.

Die tschechoslowakische Regierung konnte mit Hilfe ihrer die eigentlichen Ziele umgehenden und die Tatsachen verschleiernden Ausreden vor dem Völkerbunde reussieren, weil dieser mit Fragen beschäftigt war, welche die grossen Staaten mehr interessierten und sich zur Prüfung dieser scheinbar nur eine Klasse, nämlich die der Grossgrundbesitzer der Minderheit berührenden Angelegenheit nicht eingelassen hatte. In Wirklichkeit lassen sich aber die Prinzipien der Demokratie auf diese Bodenreform, welche in der Tschechoslowakei durchgeführt wird, sowohl wegen des gesteckten Zieles, als auch der Durchführung zufolge nicht anwenden.

Der demokratisch denkende Mensch könnte gegen die Durchführung der Bodenreform, wenn bei der Beschlagnahme und Verteilung die Rechtsgleichheit Anwendung finden würde, nichts einwenden, besonders in dem Falle nicht, wenn die Entschädigung des früheren Besitzers der Einhaltung des Privateigentumsprinzipes Rechnung getragen hätte. Von all dem ist aber bei der Durchführung der tschechoslowakischen Bodenreform keine Rede.

Das mit der Durchführung der Bodenreform betraute Boden-

amt untersteht nicht der Kontrolle der Ministerien, seine Beamten sind fast ausnahmslos Tschechen. Gegen seine Entscheidungen gibt es keine Berufung. Das Bodenamt ist nur gegenüber der eigenen Verwaltungskommission verantwortlich, welche noch heute aus den durch die Revolutions-Nationalversammlung gewählten 9 Mitgliedern besteht, da die Anzahl der ursprünglich 12 Mitglieder sich im Laufe der Zeit von der durch das Gesetz vorgeschriebenen Zahl auf 9 verringert hat.

Die Verwaltungskommission wurde ursprünglich auf die Dauer von 3 Jahren durch die revolutionäre Nationalversammlung gewählt, aber das von juridischem Standpunkte nicht unantastbare Mandat ist noch bis heute nicht erloschen, letzten Endes vielleicht deshalb, weil es heutzutage doch sehr schwer ginge, die Minderheiten aus der Leitung des Bodenamtes auszuschliessen.

Durch welche Intentionen sich die Koalitionsparteien bei der Durchführung der Bodenreform leiten liessen, werden wir nachstehend beweisen. Es sei uns an dieser Stelle nur gestattet, darauf hinzuweisen, wozu Institutionen, welche in einem wahrhaften Nationalstaate tatsächlich dem Fortschritte dienen, in einem Staate wie die Tschechoslowakei führen können, wo die Macht über die Minderheiten nur durch eine Nation ausgeübt wird. Wir müssen hier feststellen, dass daran auch der Umstand keine Änderung gebracht hat, dass heute ein Teil der Deutschen sich an der Regierung beteiligt, und dass es auch ihnen nicht gelungen ist, sich in der Leitung des Bodenamtes eine Position zu verschaffen oder auf die Durchführung der Bodenreform Einfluss zu nehmen.

In einem wirklichen Nationalstaate bedeutet die Beschlagnahme und Verteilung des Grundbesitzes eine Verschiebung zwischen den einzelnen Gesellschaftsklassen. Würden darunter auch durch Enteignung, Aufteilung und Entschädigung einzelne Klassen Schaden erleiden, so bliebe noch immer der Besitzstand der ganzen Nation unverletzt erhalten.

In einem Nationalitätenstaate, wo der Besitz auf Angehörige einer anderen Nation übergeht, noch dazu wenn die Entschädigung auch nicht angemessen bestimmt wird, ist die Schwächung des Besitzstandes der an der Bodenreform interessierten Nation eine unabwendbare Folge.

Den Beweis für die gegen die Interessen der Minderheiten

gerichteten Intentionen der tschechoslowakischen Bodenreform erbringen wie durch nachfolgende Erklärungen massgebender Persönlichkeiten. Der gewesene sozialdemokratische Abgeordnete Laube, Jahre hindurch Vorsitzender der Verwaltungskommission des Bodenamtes, erklärte am 9. Parteitage seiner Partei, dass ihm das Programm des Bodenamtes bis in die kleinsten Detaile bekannt sei: „Die Beschlagnahme des Grundbesitzes in den gefährdeten Gegenden, das sind die ungarischen und deutschen Gebiete, wird nach vorheriger Beratung mit dem entsprechenden (tschechischen) Nationalrate durchgeführt."

Der jetzige Minister für Nationalverteidigung, Dr. Viškovsky, Jahre hindurch Präsident des Bodenamtes, erklärte vor dem Budgetausschusse der Nationalversammlung folgendes: „Entgegen der Behauptung des Abgeordneten Mašek stelle ich fest, dass ich es niemals in eigenem Namen oder im Namen des Bodenamtes erklärt habe, dass die Bodenreform nicht auf nationaler Grundlage durchgeführt wird und dass die Bodenreform keinen nationalen Charakter hätte." (Siehe „Venkov" vom 16. XI. 1923.)

Aber auch das dem Aussenminister Beneš nahestehende Organ kann sich nicht mit Geheimtuerei brüsten. Die Aufgabe des Ministers Beneš ist die, durch die Bodenreform begründeten Beschwerden der Minderheiten vor dem Völkerbunde durch die Beschuldigung der Illoyalität derselben gegenüber dem Staate zu widerlegen. Im Inlande und besonders vor den Wahlen kann man über die Intentionen der Bodenreform klarer sprechen. Das „České Slovo" sagt über das Kolonisationsgesetz folgendes: „Dieses Gesetz, richtig aufgefasst und durchgeführt, besitzt eine enorme Bedeutung für die verdeutschten Gebiete und die Slowakei."

Wir begegnen hier derselben Erscheinung wie in den anderen Punkten des Regierungsprogramms der Koalition. Nach aussen brüstet man sich mit gefälligen Leistungen der Demokratie, um dadurch die durch Eigennützigkeit genährten Bestrebungen des Chauvinismus zu verschleiern. Die Bedeutung der Bodenreform lässt sich in ihrer Grösse nur im Lichte der Zahlen erkennen und hier auch nur in dem Grade, als die durch das Bodenamt bis heute veröffentlichten Zahlen es zulassen. Das Bodenamt hat nämlich über die Durchführung der Bodenreform in Böhmen eine ausführliche Statistik herausgegeben.

Die gleichen Daten über die Slowakei und Karpathorussland sind aber bis heute nicht veröffentlicht worden.

Die Dimensionen der Bodenreform zeigen folgende Zahlen:

Die Grösse des beschlagnahmten Besitzes			Böhmen Mähren Schlesien			Slowakei und Karpathorussland			Tschechoslowakische Republik		
			Anzahl der Besitze	Ausmass des beschlagnahmten Besitzes		Anzahl der Besitze	Ausmass des beschlagnahmten Besitzes		Anzahl der Besitze	Ausmass des beschlagnahmten Besitzes	
				ha	%		ha	%		ha	%
250 –	500	ha	284	111.645	4.8	470	150.205	9.3	754	261.850	6.6
500 –	1.000	„	169	95.012	4.1	217	148.013	9.2	386	243.025	6.1
1.000 –	5.000	„	235	528.046	22.5	201	418.128	25.9	436	946.174	23.9
5.000 –	10.000	„	47	348.566	14.8	25	166.456	10.3	72	515.022	13.0
10.000 –	50.000	„	47	876.761	37.3	28	470.347	29.1	75	1,347.108	34.0
50.000 –	100.000	„	3	233.378	9.9	2	127.897	7.9	5	361.275	9.1
über	100.000	„	1	154.998	6.6	1	133.612	8.3	2	288.610	7.3
	Summe		786	2,348.406	100.0	944	1,614.658	100.0	1730	3,963.064	100.0

Der beschlagnahmte Besitz in	Böhmen		Mähren und Schlesien		Slowakei		Karpatho-russland		Tschechoslow. Republik	
	beschlagnahmt als									
	landwirtschaftl.	übriger	landwirtschaftl.	übriger	landwirtschaftl.	übriger	landwirtschaftl.	übriger	landwirtschaftl.	übriger
	Boden in Tausend ha									
Beschlagnahmt wurde	528.761	1,045.622	205.025	568.998	460.217	950.617	35.685	168.139	1,229.688	2,733.378
Dem Besitzer auf Grund des § 3 belassen	3.840	1.920	1.149	575	820	395	4	16	5.813	2.906
Dem Besitzer auf Grund des § 11 belassen	75.282	57.650	54.180	36.371	138.810	90.070	9.497	6.884	277.769	190.975
Dem Besitzer auf Grund des § 20 belassen	12.213	122.545	4.729	51.473	2.487	17.112	86	190	19.515	191.320
Zusammen	91.335	182.115	60.058	88.419	142.117	107.577	9.587	7.090	303.097	385.201
An neue Besitzer abgegeben:										
Als Erlös für Pachtungen	66.034	—	12.349	—	2.512	—	—	—	80.895	—
Als Bauparzellen	1.847	—	1.358	—	2.922	—	184	—	6.311	—
Als Verteilungsparzell.	8.766	—	536	—	—	—	—	—	9.302	—
Unter Verteilung befind.	213.452	18.610	78.944	8.885	165.967	63.976	11.938	5.085	470.301	96.556
Auf Grund des § 7 des Beschlagnahmgesetzes	59.350	32.609	29.372	6.954	59.814	76.943	1.221	4.140	149.757	120.646
Verstaatlicht	3.025	106.479	729	38.288	12.656	47.025	1.707	6.348	18.117	198.140
Zusammen	352.474	157.698	123.288	54.127	243.871	187.944	15.050	15.573	734.683	415.342
Am 31. XII. 1927 verbl.	84.952	705.809	21.679	426.452	74.229	655.096	11.048	145.476	191.908	1,942.833

Aus der angeführten Tabelle ersieht man, dass den früheren Besitzern in der Slowakei von beschlagnahmten landwirtschaftlichen Besitz von 460.217 ha 142.117 ha, d. h. 31.3 Prozent, vom übrigen Besitz von 950.617 ha 107.577 ha, d. h. 11.2 Prozent belassen wurden.

In Karpathorussland wurden von landwirtschaftlichem Besitz von 35.685 ha 9587 ha, d. h. 27 Prozent, von dem übrigen Besitz im Ausmasse von 168.139 ha 7090 ha, d. h. 4.16 Prozent, dem Besitzer belassen.

Wie schon früher erwähnt, hat das Bodenamt bis heute eine ausführliche Statistik der Bodenzuteilung in der Slowakei und Karpathorussland nicht veröffentlicht. Zwei Dinge lassen sich aber nicht abstreiten, das erste, dass in erster Reihe der Boden ungarischer Besitzer beschlagnahmt wurde, das zweite, dass Anwärter ungarischer Nationalität bei der Zuteilung nur eine ganz bescheidene Berücksichtigung fanden. Vom Gesichtspunkte der ungarischen Minderheit müssen wir noch beleuchten, dass durch die unangemessene Entschädigung des Besitzers der Besitzstand des ungarischen Vermögens eine weitere bedeutende Einbusse erleidet. Es ist beispiellos, dass in einem verfassungsmässigen Staate das Schicksal eines so grossen Bestandteiles des Nationalvermögens, wie es der Grundbesitz darstellt, eine Institution verwaltet, welche sich selbst überlebt hatte und welche durch Verletzung der Grundprinzipien der Demokratie ins Leben gerufen wurde.

Dass auch das Gewissen der Tschechen nicht ganz beruhigt ist und sie auch kein grosses Vertrauen der Gebarung der Leitung des Bodenamtes entgegenbringen, erfahren die Minderheiten in solchen Fällen, wenn zwischen den einzelnen tschechischen Parteien Zwistigkeiten auftauchen. Vor kurzem haben eben die „Lidové Listy“ auf die Antastbarkeit der Beschlüsse der Verwaltungskommission des Bodenamtes hingewiesen, und zwar dadurch, dass diese nicht mehr die im Gesetze vorgeschriebene Anzahl von Mitgliedern besitzt, und dass dadurch gegen das Bodenamt Prozesse von unabsehbaren Folgen eingeleitet werden können.

Über welche Werte und Beträge die Leitung des Bodenamtes schon seit 10 Jahren bei Ausschluss einer öffentlichen Kontrolle verfügt, zeigen die Daten, welche der jetzige Präsident des Bodenamtes, Dr. Voženilek gelegentlich der Verhand-

lung des Budgets für das Jahr 1930 mitgeteilt hatte. Der Berichterstatter des Budgets des Bodenamtes machte die Mitteilung, dass von dem beschlagnahmten Besitz von 4,000.000 Hektar 1.3 Millionen ha verteilt wurde, dem Besitzer belassen oder vertauscht wurden 2½ Millionen ha, so dass noch 1.6 Millionen ha zur Verteilung gelangen.

Das Bodenamt muss noch 67.703 Angestellte versorgen. Der Präsident Voženilek erklärte, dass von dem verteilten Boden 78 Prozent an die Anwärter und 22 Prozent in Form von Restgütern verteilt wurden. Der Reservefond des Bodenamtes betrug am 1. November. 1929 9.2 Milliarden, der Kolonisierungsfond 1.3 Milliarden. Die Erklärung des Präsidenten Voženílek, wonach die Rechnungen durch das oberste Rechnungskontrollamt kontrolliert wurden, bedeutet für die Minderheiten gar keine Gewähr, da wir aus der Kontrolle der Arbeiten des Staatsrechnungsamtes ebenso ausgeschlossen sind wie aus der Leitung des Bodenamtes. Wir können das Bild der Gebahrung des Bodenamtes noch höchstens aus den im Staatsvoranschlage enthaltenen Daten ergänzen, was im Zeitpunkte der Durchführung der Waldreform als besonders angezeigt erscheinen mag.

Aus dem Kostenvoranschlage des Staates lässt sich feststellen, dass für das Bodenamt vom Jahre 1919 bis einschliesslich 1926 384,175.000 Kč präliminiert wurden, demgegenüber waren die Einnahmen mit 127,859.000 Kč und die Investitionen mit 10,000.000 Kč vorgesehen. Das bedeutet, dass die Staatsvoranschläge für das Bodenamt einen Plus an Ausgaben im Betrage von 267,164.000 Kč vorgesehen haben.

Die Lage verhält sich also derart, dass von der 14,000.000 ha betragenden Gesamtfläche der Tchechoslowakei 4000 ha, resp. von der Gesamtfläche der Slowakei und Karpathorussland von 6,151.000 ha 1,613.000 ha, d. h. 26.25 Prozent, vom Bodenamt beschlagnahmt wurden und von demselben verwaltet werden, ohne dass die Möglichkeit einer Kontrolle der daran Interessierten bestünde. Aber es besteht auch nicht die geringste Kontrolle der Finanzgebarung des Bodenamtes durch die Minderheiten. Der oberwähnte Bericht des Präsidenten Voženílek beweist, dass die durch das Bodenamt verwalteten Fonde schon heute den Umfang des Staatsbudgets überschreiten. Wir wissen so viel, dass das Bodenamt nur einen Bruchteil des Gegenwertes des beschlagnahmten Bodens bezahlt hatte und aus der

Staatskassa im Laufe der Jahre mehrere hundert Millionen erhielt und dass es nur dem Einspruche des Finanzministers zu verdanken ist, dass vor 2 Jahren die Aufnahme eines Kredites in der Höhe von 500,000.000 Kč vereitelt wurde.

Ebenso lesen wir in den tschechischen Zeitungen, dass zur Durchführung der Waldreform innerhalb von 3 Jahren 800 Millionen Kč benötigt werden. Man darf es nicht ausser Acht lassen, dass der beschlagnahmte Boden durch das Bodenamt zu solchen Preisen übernommen wird, bei welchem der Besitzer im Durchschnitte 40 bis 50 Prozent des Preises in die Hände bekommt. Der Umstand, dass die Bewertung auf Grund des Durchschnittswertes in den Jahren 1913—1915 durchgeführt und die seinerzeitigen Goldkronen als Tschechokronen gelten, bedeutet schon an und für sich einen Verlust von zirka 80 Prozent. Die Kreditoperationen des Bodenamtes kann man aus den amtlichen Berechnungen nur in groben Zügen kontrollieren. Den Bodenbesitzern hat das Bodenamt bis Ende des Jahres 1927 519,430.306 Kč ausbezahlt, von welchem Betrage das Bodenamt direkt 379,985.876 Kč gegeben hat.

Die tschechoslowakische Bodenreform, welche unter Schlagworten der Demokratie durchgeführt wird, hat eine wesentliche Verminderung des Besitzstandes der ungarischen Minderheit zur Folge, ist aber auch mit grossen, mit der Gebarung des Bodenamtes zusammenhängenden Kreditoperationen verbunden, welche die Interessen eines jeden Steuerzahlers berühren, für deren Kontrolle aber die Minderheiten überhaupt keine Handhabe besitzen.

Die mit der Demokratie betriebene gewissenlose Demagogie wird durch die im deutschen offiziellen Organe des Ministers Beneš am 28. Dezember 1929 veröffentlichte Bilanz des Bodenamtes bestätigt.

In der Einleitung gibt es die „Prager Presse“ zu, dass die Daten der Bodenreform endgültig noch nicht aufgearbeitet wurden, dass aber die Möglichkeit einer (demokratischen) Kontrolle durch die amtlichen Veröffentlichungen des Bodenamtes gegeben ist. Das offiziöse Organ, welches zwecks Informierung des Auslandes herausgegeben wird, verabscheut es nicht, über eine demokratische Kontrolle zu sprechen und dadurch die Öffentlichkeit des Auslandes irrezuführen, wo es doch darüber genau unterrichtet ist, dass die an der Bodenreform interessierten Minderheiten an der Durchführung dieser demokratischen Reform überhaupt keinen Einfluss nehmen können, im Gegenteil, dass

diese Reform, wie wir es schon oben bewiesen haben, direkt das Ziel der Verminderung des Besitzstandes der nationalen Minderheiten verfolgt.

Das Organ des Ministers Beneš führt es zahlenmässig an, dass die der Bodenreform unterliegende Fläche 2,450.465 ha beträgt, von welchen aufgeteilt, verstaatlicht oder dem Besitzer freigegeben wurden 1,047.367 ha, den Besitzern wurden also belassen 647.200 ha, in neuen Besitz übergehen 400.167 ha. Für die weitere Reform stehen also noch zur Verfügung 1,406.098 ha, d. h. 57.3 Prozent des beschlagnahmten Grundbesitzes.

Aus der Veröffentlichung der offiziösen „Prager Presse" erfahren wir, dass bis zum 30. Juli des vergangenen Jahres 364.288 ha verstaatlicht wurden. Das Ackerbauministerium verwaltet 221.322 ha, das Ministerium für nationale Verteidigung 59.076 ha. Der übrige enteignete Besitz wird vom Bodenamte selbst verwaltet. Aber die interessanteste Angabe des Artikels, von welchem wir es nicht wissen, wie es Minister Beneš vor dem Auslande rechtfertigen wird, ist die, dass nach der Durchführung der Bodenreform von dem beschlagnahmten landwirtschaftlichen Besitz nur 30 Prozent in den Händen der jetzigen Besitzer verbleiben und 70 Prozent den Besitzer gewechselt haben werden.

Die in der Tschechoslowakischen Republik lebenden Minderheiten bedürfen keines verlässlicheren Beweises für die Richtigkeit unserer Behauptungen, da das Organ des Ministers Beneš es auf Grund der von dem Bodenamte erhaltenen Daten behauptet, dass die meisten zu den Minderheiten gehörenden Grundbesitzer zufolge der einseitig durch die Regierung bildende Mehrheit durchgeführte Bodenreform 70 Prozent ihres Besitzstandes eingebüsst haben. Es bedarf auch keines weiteren Beweises, dass die Statistik derjenigen, denen der enteignete Boden zugewiesen wurde, unsere Behauptung bekräftigt.

Die „Prager Presse" gibt es auch zu, dass der Kapitalbedarf der neuen Grundbesitzer zum Zwecke des Ankaufes und Einrichtung der erworbenen Güter durch staatliche und private Kredite gedeckt wird.

Die Interessen der Minderheiten erfahren auch dadurch eine Verletzung, dass Staatsgelder, zu denen auch die Minderheiten durch ihre Steuerpfennige beitragen, den der jetzigen Regierungsmehrheit angehörenden neuen Besitzern zur Verfügung gestellt werden.

Die Durchführung der Bodenreform verursachte eine starke Verschiebung in dem Kräfteverhältnisse der in der Republik lebenden Nationalitäten und verletzt auch unser moralisches Empfinden, weil die die Ausgestaltung des tschechoslowakischen Nationalstaates fördernde Bodenreform mit Hilfe von Schlagworten einer Scheindemokratie maskiert wird.

Bibliografia literaturei române a chestiunei minoritare.

De **Kiss Árpád.**

II.

C) Publicaţiuni mai mici.

1. *Agârbiceanu I.: Protecţia minorităţilor.* (Ţara noastră, 1928 pag. 1177).

Scriitorul de mai sus se ocupă cu chestiunea minorităţilor. Aminteşte Congresul IV. al minorităţilor, din rezoluţiuni citează Protecţiunea internaţională a minorităţilor – scrie – nu este primită din partea statelor interesate cu bunăvoinţă. Stabileşte că anii trecuţi ne arată că minorităţile pretind privilegii. Statul Român – zice – niciodată n'a luat dintre drepturile acordate minorităţilor, totuşi se plâng. Menţionează, că chestiunea trebue rezolvată în ţară şi nu în mod internaţional.

2. *Albu Cornel: Democraţia şi problema minoritară.* (Utopia, Cluj, 1 Martie 1930).

Se ocupă cu chestiunea minoritară în mod sociologic. În legătură cu chestiunea face câteva constatări interesante.

3. *Alevra general: Minorităţile şi serviciul militar.* (Convorbiri literare a. 56–1924, pag. 322–327).

În legătură cu proiectul de lege asupra serviciului militar ridică chestiunea, că oare minorităţile să fie obligate la serviciul militar?

Scriind despre minorităţile din ţară, în primul rând se ocupă cu maghiarii. Nu se poate pretinde dela aceia – scrie – cari au legături sufleteşti peste graniţe, ca să-şi verse sângele pentru ţară, totuşi nu se poate permite ca minorităţile să fie dispensate dela serviciul militar, însă nefiind cu încredere, să fie puşi la şervicii interne.

4. *A. P. T.: Dureri minoritare.* (Năzuinţa, Craiova, an. III. No. 3–4).

Se ocupă cu catalanii. Scrie, că minorităţile, îşi cauzează singure durerile. Arată apoi excelenţa catalană şi se ocupă în legătură cu ei şi cu politica spaniolă.

5. *Bănăţeanu I.: Minorităţile de aiurea.* (Ţara noastră, 1826, pag. 250).

Se ocupă cu un articol al D-lui Jakabffy, apărut în „Minorité Hongroise", apoi arată politica faţă de minorităţi a sârbilor.

6. *Batzaria N.: Minoritățile etnice din Peninsula Balcanică.* (Societatea de mâine, an. III. 1926, No. 25–26, pag. 323).

Arată evenimentele istorice, cari au jucat rol important în viața locuitorilor din peninsula Balcanică. Arată minoritățile de aici. Scrie că minoritățile din peninsula Balcanică sunt oprimate.

7. *Băilă Ion: Minoritățile ca factor economic.* (Societatea de mâine, an. III. 1926, No. 27–28, pag. 488).

Arată starea economică a Ardealului. Scrie despre puterea economică a maghiarilor ardeleni. Tot din punct de vedere tratează și sașii și șvabii.

8. *Băilă Ion: Minoritățile ca factori culturali.* (Societatea de mâine, an. III. 1926, No. 21–22. pag. 403).

Scrie despre minoritățile din Ardeal, mai ales despre maghiari și sași, ca factori culturali. Stabilește că maghiarii ardeleni culturalicește merg pe un drum bun. Despre celelalte minorități din țară scrie, că despre acestea nu se poate vorbi din punct de vedere cultural.

9. *Băilă Ion: Actualitatea problemei minoritare.* (Societatea de mâine, an. III. 1926, No. 16, pag. 316).

Scrie despre actualitatea problemei minoritare. Arată rezoluțiunile dela Alba-Iulia și pactul dela Ciucea. În fine face câteva observațiuni asupra presei minoritare.

10. *Băilă Ion: Problema minoritară.* (Societatea de mâine, an. III. 1926, No. 14–15, pag. 216).

Amintește că s'au făcut mai multe încercări de a soluționa problema minoritară. În România – scrie – se găsesc mai multe greutăți, în chestiunea minoritară opinia publică română este informată greșit. Arată că minoritățile trebue tratate cu bunăvoință, găsește că problema numai așa se poate soluționa, dacă ambele părți cad de acord.

11. *Băilă Ion: Rezolvirea problemei minoritare.* (Societatea de mâine, an. III. 1926, No. 29–30, pag. 510).

Scrie că rezolvirea problemei minoritare în România depinde de opinia publică și de guvern. Apoi arată importanța chestiunei și rezolvirea ei.

12. *Băilă Ion: Caracteristica culturii minoritare.* (Societatea de mâine, an. III. 1926, No. 20, pag. 378).

Ocupându-se cu cultura minorităților, stabilește că românii nu cunosc cultura acestora, cu toate că unele minorități, mai ales maghiarii și sașii au o cultură bogată. Arată apoi aparte cultura maghiară și sasă.

13. *Băilă Ion: Înțelegerea culturală cu minoritățile.* (Convorbiri literare, an. 57 1925, pag. 458).

Se ocupă cu minoritatea maghiară și germană. Găsește importantă cunoașterea culturii minorităților.

14. *Băilă Ion: Minorități naționale și minorități politice.* (Societatea de mâine, an. III. 1926, No. 18, pag. 337).

Scrie că minoritățile cu atitudinea lor au pus chestiunea minoritară într'o atmosferă puțin simpatică. Se ocupă cu politica școlară minoritară din Ardeal, apoi cu atitudinea partidelor politice române față de minorități. Cere pe seama minorităților o cât mai largă posibilitate de propășire.

15. *Beu Ilie: Problema minoritară.* (Cuvântul poporului, an. IX. 1927, No. 42, 43 și 44).

Arată atitudinea partidelor politice române în chestiunea minoritară. Unde populația este de altă limbă cel puțin cu 25% — scrie — acolo funcționarii de stat trebue să cunoască și limba acestora. Vorbește mai apoi și despre libera folosire a limbei materne la autorități publice.

16. *Bogdan Duică: Orașele Ardealului.* (Societatea de mâine, an. I. 1924, No. 3, pag. 87).

Se ocupă cu orașele Ardealului și în legătură cu aceasta și cu minoritățile cari trăesc în orașe. Dă și date statistice.

17. *Bucuța E.: Dureri minoritare.* (Ideea Europeană, București, 1925, pag. 154).

Se ocupă cu starea economică a catalanilor sub regimul spaniol și cu plebiscitul din anul 1918, când dintre 2,099.218 locuitori 2,076.251 au fost pentru autonomie. Arată plângerea catalanilor înaintea Societății Națiunilor.

18. *Bunea Titus: Mustrarea lui Scotus Viator.* (Societatea de mâine, an. IV. 1927, No. 29–30, pag. 365).

În articolul de sus amintește și naționalitățile.

19. *Chirila L.: Participarea Ungurilor la Congresul minorităților din Geneva.* (Generația Unirii, Novembrie 1929, No. 9, pag. 12).

Se ocupă cu Congresul al V. al minorităților. Dintre participanți amintește pe Dnii Jakabffy, Szüllő și Deák. Citează dintre rezoluțiunile Congresului, apoi vorbește despre „cartea neagră" ce va apare. În fine se ocupă cu starea românilor de sub imperiul unguresc și a ungurilor sub regimul românesc.

20. *Codarcea Corneliu: Săptămâna minoritară.* (Țara noastră, 1926, pag. 1381).

În primul capitol se ocupă cu minoritățile de aici, apoi cu cele din Italia.

21. *Culianu Raul: În jurul agitațiunilor minorității maghiare.* (Democrația, an. 11 1923, No. 4, pag. 48).

Scrie despre Partidul maghiar, apoi despre plângerea dusă înaintea Societății Națiunilor - ce găsește injust. Enumeră școlile minoritare primare și cele secundare.

22. *Culianu Raul: Legea naționalității.* (Democrația, anul 12 1924, No. 2, pag. 41).

În legătură cu politica internă, se ocupă și cu legea cetățeniei. Găsește că această lege corăspunde cerințelor naționale și stabilește egalitate și minorităților, totuși reprezentantul iredentizmului maghiar, senatorul Sándor Iosif a fost în contra acestei legi.

23. *Dașcovici N.: Limbile minoritare și reforma administrativă.* (Societatea de mâine, an. II. 1925, No. 25.)

Tratatele ne obligă - scrie - ca să permitem minorităților libera folosire a limbei materne, atât în legiferare cât și în administrație. Arată că poporul român are obligația morală de a respecta limba minorităților. Arată mai apoi că noua lege administrativă nu se ocupă cu folosirea limbei materne și că nu pretinde dela funcționarii de stat în locurile locuite de minorități cunoașterea limbei acestora.

24. *Dașcovici N.: Procedura recursului la Societatea Națiunilor în materie de minorități.* (Arhiva pentru știința și reforma socială, an. V. 1924, No. 3–4).

Arată procedura înaintea Societății Națiunilor, apoi modificările de până acum. Arată cine are dreptul de a se adresa Societății Națiunilor și că plângerile ce au formalități trebue să se îndeplinească.

25. *Dașcovici N.: Societatea Națiunilor garanța ocrotirii minorităților.* (Societatea de mâine, an. IV. 1927, No. 23–24, pag. 300).

Societatea Națiunilor ca garanța ocrotirii minorităților nici azi n'a putut găsi recunoștința unanimă a celor interesați. Arată cauzele de nemulțumire în chestia de sus. Scrie apoi despre minorități, cari trebue să fie cetățeni loiali. Cere apoi minorităților posibilitate cât mai mare de desvoltare.

26. *Dașcovici N.: Apel la străinătate.* (Societatea de mâine, an. V. 1928, No. 4, pag. 75).

Şi cu minorităţile se ocupă pe scurt. Vorbeşte şi despre tratatele referitoare la minorităţi.

27. *Daşcovici N.: Recursul minorităţilor la Societatea Naţiunilor.* (Societatea de mâine, an. II. 1925, No. 34–35).

Afară de Societatea Naţiunilor se ocupă şi cu două plângeri de ale maghiarilor. Plângerea coloniştilor şi a bisericilor maghiare minoritare în contra proiectului de lege asupra învăţământului particular. Trage paralelă între chestiunea coloniştilor germani din Polonia şi între cei maghiari din România. În petiţia bisericilor vede propagandă contra ţării.

28. *Daşcovici N.: Societatea Naţiunilor ca formă nouă a vieţii internaţionale.* (Societatea de mâine, an. I. 1924, No. 5, pag. 109).

În legătură cu Societatea Naţiunilor se ocupă şi cu chestiunea minoritară.

29. *Daşcovici N.: România şi ocrotirea minorităţilor la 1913.* (Arhiva pentru ştiinţa şi reforma socială, an. IV. 1923, No. 5).

30. *Ghiulea N.: «Glasul minorităţilor».* (Poporul român, Cluj, 1923, VIII. 1.).

Salutând apariţia revistei Glasul minorităţilor, arată atitudinea partidului naţional-ţărănesc în chestiunea minoritară.

31. *Ghiulea N.: Minoritarii în politica românească.* (Societatea de mâine, an. III. 1926, No. 27–28, pag. 485).

Scrie despre politica minorităţilor din România, apoi despre minorităţi în legătură cu opinia publică română. Arată pactul încheiat cu Partidul poporului şi dă câteva reflexiuni la aceasta.

32. *Ghiulea N.: Problema minorităţilor.* (Aurora, Bucureşti, 1924 VIII. 23).

Arată atitudinea proprie şi a Partidului naţional-ţărănesc în chestiunea minoritară. Scrie şi despre romanizarea oraşelor.

33. *«Glasul minorităţilor»: Critica.* (Convorbiri literare, an. 56 1924, pag. 252).

Se face critica revistei de mai sus. Se arată câteva probleme de ale minorităţilor. În fine se atrage atenţia publicului român asupra revistei de sus.

34. *«Glasul minorităţilor».* (Generaţia Unirii, Iunie 1931, No. 5, pag. 30).

Arătând scopul revistei, menţionează şi legea naţionalităţilor ungare din 1868 şi relevă, că minorităţile de azi se bucură de un tratament mai bun, decât era al naţionalităţilor din Ungaria.

35. *Gociman Aurel: Colonizarea internă din Ungaria şi reforma agrară din România.* (Generaţia Unirii, Aprilie 1930, No. 14—15, pag. 29).

În legătură cu reforma agrară se ocupă şi cu minorităţile. Scrie despre un articol al Dlui Jakabffy şi despre petiţia coloniştilor înaintată de Iuliu Tornya.

36. *Goga Octavian: Concepţii minoritare.* (Ţara noastră, 1923, pag. 245).

Chestiunea minoritară — scrie — trebue tratată cu bunăvoinţă. Citează un articol al Dlui Paál Árpád, în care se ocupă cu maghiarii din Ardeal. Scrie şi despre saşi.

37. *Goga Octavian: Politica faţă de minorităţi.* (Ţara noastră, 1927, pag. 225).

Publicarea răspunsului dat la interpelarea senatorilor Grădişteanu şi Tătărescu, în ziua de 18 Martie 1927.

38. *Grofşoreanu Cornel: Minorităţile româneşti în raport internaţional.* (Banatul, 1930, No. 1, pag. 9).

Se ocupă cu definiţia minorităţilor etnice. Aminteşte Congresele minorităţilor. Scrie şi despre minorităţile române cari trăesc în străinătate, dă şi date statistice după dr. Nagy Ivan.

29. *Hodoş Alexandru: Pactul dela Ciucea şi problema minorităţilor.* (Ţara noastră, 1920, No. 4).

Se ocupă cu pactul dela Ciucea şi cu rezoluţiunile dela Alba-Iulia. Scrie şi despre cultura minorităţilor. Găseşte că problema se poate soluţiona numai pe calea legii.

40. *Hodoş Alexandru: Făgăduiala dela Alba-Iulia.* (Ţara noastră, 1923, pag. 1560).

Subtitlul acestui articol este: Minorităţile şi Partidul ţărănesc. Se ocupă pe larg cu discuţia dela Ciucea ce era între reprezentanţii poporului maghiar şi Goga-Averescu. Găseşte că rezoluţiunile dela Alba-Iulia nu erau aduse de poporul român, ci de Partidul naţional. Scrie apoi despre minorităţi şi despre partidele politice.

41. *Hodoş Alexandru: Minorităţile şi Societatea Naţiunilor.* (Ţara noastră, 1928, pag. 1197).

Aminteşte Congresul minorităţilor, pe cei cari au luat parte şi rezoluţiunile aduse. Scrie despre câteva plângeri de ale minorităţilor din România. În fine vorbeşte despre minorităţile din ţară şi de legea ce se va aduce asupra minorităţilor.

42. *Hodoş Alexandru: Partidul maghiar şi Societatea Naţiunilor.* (Ţara noastră, 1928, pag. 1383).

Se ocupă cu rezoluțiunile aduse de Partidul maghiar la Odorheiu. Drumul pe care păşeşte Partidul maghiar îl găseşte greşit, căci nu se uită spre Bucureşti, ci spre Geneva. Citează pe Dl Balogh Arthur în legătură cu Societatea Națiunilor.

43. *Hodoş Alexandru: Ideia națională şi politica față de minorități.* (Țara noastră, 1925, pag. 421).

Scrie în legătură cu voturile date la Reghinul Săsesc şi despre problema minoritară.

44. *I. L.: Problema minorităților.* (Convorbiri literare, an. 56 1924, pag. 389).

În articolul de sus scriitorul se ocupă cu conferința Dlui I. Maniu despre problema minoritară. Menționează şi tratatul încheiat cu România referitor la minorități.

45. *Istrate N.: Statistica presei din Ardeal.* (Societatea de mâine, an. I., pag. 9).

În legătură cu statistica presei din Ardeal se ocupă şi cu presa minoritară.

46. *Istrate N.: Dare de seamă... statistică asupra populației Ardealului în anul 1923 comparativ cu anul 1910, privind mai ales situația minorităților etnice.* (Buletinul statistic al României, 1925, No. 1, pag. 106).

Dă multe date statistice asupra minorităților din Ardeal.

47. *Iancovici Dim.: Lucrările Societății Națiunilor.* (Revista vremii, 19 Nov. 1923, No. 16).

Menționează şi procedura în materie de minorități, reformele de până acuma. Arată şi procedura nouă.

48. *Iosif Iacob: Partidele politice şi problema minoritară.* (Țara noastră, 1928, pag. 1090).

Stabileşte că problema trebue soluționată cu o lege. Găseşte că minoritățile au drept a pretinde soluționarea justă a problemei. Arată atitudinea Partidului liberal şi național-țărănist în chestiunea minoritară.

49. *Iosif Iacob: Revendicări minoritare.* (Țara noastră, 1928, pag. 1245).

Scrie despre actualitatea problemei minoritare, apoi despre tratatele din 1919–1920 şi despre statele succesorale.

50. *Ioanițescu D.: Şcolile confesionale. Şcolile minorităților.* (Convorbiri literare, an. 52. 1920, pag. 358).

Se ocupă cu şcolile primare confesionale, cu şcolile minorităților şi cu universitățile. Ocupându-se cu art. 11 din tratatul

încheiat la 9 Dec. 1919, zice că acesta va fi de prisos, fiindcă noua Constituție va stabili libertatea învățământului.

51. *Lapedatu Al.: Concordatul.* (Generația Unirii, 25 Iunie 1929, No. 6, pag. 1).

Se ocupă cu Concordatul încheiat, din mai multe puncte de vedere. Zice că minoritatea catolică este nemulțumită, nu pentru motive religioase, ci politice față de Concordat.

52. *Luca Ion: Contribuții la rezolvirea problemei minoritare.* (Societatea de mâine, an. IV. 1927, No. 20–21, pag. 264).

În 2 numere dă traducerea articolului lui Keintzel Eduard. În partea a 2-a se ocupă numai cu minoritatea săsească.

53. *Mateiu I.: Doctrina de Stat a problemei minoritare.* (Democrația, an. XVII., No. 2–3, pag. 31 și No. 4, pag. 21).

Dintre partidele politice române, numai Partidul național-țărănesc a promis minorităților o autonomie cât mai largă. Acum venind la guvern, minoritățile cred că promisiunea se va realiza — scrie.

Studiul este împărțit în patru capitole:

a) Revendicările minorităților,
b) concepția partidelor de guvernământ,
c) tratatele internaționale și
d) legiuirile Statului.

Sub punctul *a)* arată revendicările minorității maghiare după Partidul maghiar. Stabilește că programul Partidului german e identic cu cel maghiar. În categoria a 2-a se ocupă cu concepția partidelor referitoare la minorități. Amintește tratatele, citează din acestea. În categoria ultimă se referă la legea învățământului particular și la legea cultelor, care stipulează autonomia bisericilor ce nu aveau până acuma — scrie.

54. *Mateiu I.: Programul Partidului maghiar.* (Democrația, an. XV. 1927, No. 4, pag. 49).

Arată că opinia publică este greșit informată în legătură cu problema minoritară.

În cele ce urmează dă programul Partidului maghiar din 28 Dec. 1922.

55. *Mateiu N.: Procedura Societății Nețiunilor în examinarea plângerilor minoritare și tendințele pentru revizuirea ei.* (Democrația, an. XV. 1927, No. 3, pag. 35).

Arată procedura actuală, apoi reforma Uniunii interparlamentare, mai apoi petițiunea bisericilor minoritare maghiare din Ardeal în legătură cu proiectul de lege asupra învățământului

particular. Găsește că Dnii Balázs Andrei și Balogh Arthur n'aveau drept a înainta petiția, fiind amândoi catolici.

56. *Mateiu N.: Cultura românească și minoritățile naționale din Transilvania.* (Arhiva pentru știința și reforma socială, an. I. 1919, No. 3, pag. 312).

Se ocupă cu problema minoritară, care trebue rezolvită din partea statului. Cere pe seama minorităților libertate culturală, administrativă. Este greșită învățarea limbei române în mod forțat. Ar fi bine — scrie — ca și la universități să fie cursuri în limba minorităților, paralel cu limba română.

57. *Mateiu I.: Valoarea Concordatului încheiat cu Vaticanul.* (Sibiu, 1929, pag. 105).

Se ocupă cu Concordatul încheiat din punct de vedere național, apoi minoritar.

58. *Mateiu I.: Politica de Stat a cultelor și P. N. L.* (Democrația, 1927, No. 7—8, pag. 28).

Se ocupă cu atitudinea P. N. L. față de cultele din România. În partea a III-a a studiului, zice că P. N. L. a dat cultelor minoritare personalitate juridică și autonomie. Arată raportul între biserica ortodoxă și cele minoritare.

59. *Mateiu I.: Doctrina Partidului Național Ardelean privitoare la problema minorităților.* (Democrația, 1927, No. 1, pag. 57).

Face critica rezoluțiunii dela Alba-Iulia. Arată pretențiunile maghiarilor și ale sașilor, ca cele trei națiuni conlocuitoare să-și ducă viața împreună, conducând afacerile Ardealului.

În legătură cu maghiarii amintește și memoriul Dlui Gyárfás Elemér din 1919).

60. *Mateiu I.: Lege specială pentru minorități?* (Generația Unirii, Aug. 1928, No. 8, pag. 10).

Întreabă dacă este nevoie de o lege specială pentru minorități? Se poate soluționa problema fără lege? Înainte de a răspunde la întrebările puse, se ocupă cu legea din 1868 și cu rezoluțiunile dela Alba-Iulia. Nu crede că ar fi vreo-dată o lege specială! Se poate constata — scrie — că caracteristica Partidului național-țărănesc este în contrazicere cu ea însuși.

61. *Mateiu I.: România și conferința interparlamentară din Washington.* (București, 1925, pag. 16).

Scrie despre problemă în legătură cu minoritățile ce erau discutate la conferință. Arată atitudinea celor prezenți în chestiunile privitoare la minorități.

62. *Manuilă Sabin: Politica demografică a oraşelor şi minorităţile etnice din Transilvania.* (Arhiva pentru ştiinţa şi reforma socială, 1929, No. 1, pag. 91).

Autorul într'un lung studiu se ocupă cu populaţia oraşelor, mai ales acele rânduri merită atenţiune, în cari se ocupă cu minorităţile.

63. *Minorităţile în Ungaria.* (Societatea de mâine, 1927, No. 37, pag. 467).

În acest articol este arătată starea minorităţilor din Ungaria după o revistă slovacă.

64. *Nemoianu P.: O problemă ungurească în Banat?* (Ţara noastră, 1923, pag. 1118).

Politica maghiară din Banat — scrie autorul — are două centre: politica practică îşi are sediul în Timişoara, iar cea teoretică la Lugoj. În legătură cu cel din urmă se ocupă cu revistele apărute sub conducerea Dlui Jakabffy Elemér.

Scrie şi despre şvabii din Banat.

65. *Nemulţumirile saşilor.* (Societatea de mâine, an. V. 1928, No. 18, pag. 331).

Se aminteşte adunarea generală a saşilor, precum şi plângerile arătate acolo.

Problema minoritară trebue rezolvită — scrie — nesiguranţa nu profită nici poporului român, nici minorităţilor.

66. *Nicoară Moise: Liga Naţiunilor şi minorităţile.* (Ţara noastră, 1923, pag. 1015).

Scrie despre minorităţi în legătură cu vizita delegaţilor Societăţii Naţiunilor.

67. *Nistor Ion: Politica de Stat faţă de minorităţi.* (Generaţia Unirii, Mai 1929, No. 2, pag. 3).

Scrie că problema minoritară trebue luată din mâna partidelor politice şi rezolvată conform angajamentelor internaţionale. Dă şi date statistice. Găseşte necesar un cod pentru minorităţi. Tratează chestiunea în legătură cu tratatele internaţionale şi cu legile interne.

68. *Nistor Ion: Minorităţile în România.* (Generaţia Unirii, Aprilie 1930, No. 1, pag. 6).

Dă câteva aspecte din istoricul acelor locuri, unde în prezent sunt minorităţi. Aşezarea Secuilor o pune în secolul al XII-lea. Dă date statistice. Numărul locuitorilor statului după el este 16,940.074, dintre cari 4,493.272 sunt minorităţi (26%). Numărul maghiarilor îl cifrează la 1,307.543 (7·7%). Arată fiecare minoritate după aşezarea pe judeţe. Stabileşte că dintre minorităţile din România numai maghiarii au o majoritate absolută în trei judeţe.

69. *Nistor Ion: Agitațiile ucrainene.* (Generația Unirii, Nov. 1929, No. 9, pag. 1).

Se ocupă cu ucrainenii din Bucovina și cu manifestul lor din 1919.

70. *Opreanu Sabin: Problema orașelor ardelene.* (Societatea de mâine, an. 1 1924, No. 30, pag. 595).

Amintește și minoritățile.

71. *Opreanu Sabin: Terra Siculorum.* (Societatea de mâine, an. 1 1924, No. 36–37 și 1925 No. 1–2).

În articolele de sus caută origina românilor din secuime. Studiul îl începe cu județul Odorheiu, fiind acesta cel mai „maghiarizat".

(V. critica în Minorité Hongroise, an. 1925, No. 6).

72. *Osvadă Vasile: Politica economică ardeleană.* (Societatea de mâine, an. 1 1924, No. 21, pag. 420).

Amintește și minoritățile.

73. *Panaitescu Scarlat general: Problema minorităților în Basarabia.* (Democrația, an. XVI. 1928, No. 5, pag. 40).

Scrie despre evreii din Basarabia și despre așezarea lor. În fine scrie că românii de acolo trebue sprijiniți.

74. *Papiniu Em.: P. N. L. și naționalitățile minoritare.* (Democrația, an. XV. 1927, No. ?, pag. 45).

Problema minoritară o găsește importantă. P. N. L. – scrie – vrea să soluționeze just problema. Dă definiția națiunei, naționalității. Amintește tratatele minorităților. Problema – scrie – se poate suluționa numai cu învoiala ambelor părți.

75. *Politica față de minorități.* (Dacia, 20 Martie 1922).

V. numărul 1 al revistei de sus.

76. *Prie Octavian: Subvenționarea școlilor minoritare.* (Țara noastră, 1923, pag. 509).

Arată învățământul din Ardeal înainte de 1918 și după. Subvenționarea școlilor șvăbești și săsești e mai ușoară decât a celor maghiare – scrie – fiindcă acestea din urmă au fost multe și s'au mai și ridicat după 1918.

77. *Prie Octavian: Subventionarea școlilor ungurești.* (Țara noastră, 1928, pag. 1022).

Se ocupă cu starea școlilor confesionale maghiare. Arată chestiunea din mai multe puncte de vedere. Enumeră părți dintre legile maghiare cari se ocupă cu subvenționarea școlilor confesionale. Numai atâtea școli maghiare să funcționeze – scrie – decâte este nevoe, acestea să fie apoi subvenționate de Stat.

78. *Prie Octavian: Prea multe școli ungurești în Ardeal.* (Țara noastră, 1923, pag. 1174).

În acest articol scrie despre liceul catolic din Şimleul-Silvaniei. Subtitlul acestui articol este: Cum dispare un liceu minoritar? După dânsul acest liceu a fost ridicat de propaganda maghiară şi a facilitat maghiarizarea. În Ardeal sunt multe şcoli maghiare — scrie — acestea tind la maghiarizarea celorlalte popoare.

79. *Prie Octavian: Un nou regim minoritar?* (Ţara noastră, 1923, pag. 1335).

Se ocupă cu ordinul ministerului instrucţiunii, prin care s'a adus un nou regim în viaţa şcolilor minoritare. Aminteşte şi subvenţionarea şcolilor minoritare.

80. *Problema minoritară.* (Societatea de mâine, an. III. 1926, No. 44, pag. 701).

Se vorbeşte despre minorităţile din Cehoslovacia. Se stabileşte că ele sunt reprezentste şi în guvern.

Se arată apoi că chestiunea trebue rezolvată şi în România ca să putem folosi şi minorităţile la consolidarea ţării.

81. *Roman Valeriu: Revendicările ungureşti în cadrul problemei minoritare.* (Democraţia, an. XVIII. 1930, No. 3, pag. 47).

Minorităţile din ţară le împarte în 2 categorii. Ar fi de necesar — scrie — ca partidele politice române să fie de o părere unanimă în chestiunea minoritară. Se ocupă cu discursul Dlui senator Gyárfás Elemér, ţinut la 3 Aprilie 1928 şi cu al Dlui deputat Jósika Ioan din 29 Mai 1929 în legătură cu Concordatul. A da minorităţilor un statut, găseşte nejustificat.

82. *Serbescu S.: Procedura pentru protecţia minorităţilor înaintea Societăţii Naţiunilor.* (Arhiva pentru ştiinţa şi reforma socială, an. VI. 1926, No. 1—2).

Scrie despre protecţiunea internaţională a minorităţilor, apoi se ocupă cu proiectul Dlui Magyary Géza, acesta îl şi publică în întregime în limba română.

83. *Serbescu S.: Acţiunea internaţională a minorităţilor.* (Democraţia, an. XV. 1927, No. 5, pag. 39).

Despre minorităţi — mai ales despre cele din ţară — scrie — ca despre aceia, cari tind la tulburarea păcii actuale. În legătură cu Congresele minorităţilor scrie că acolo mai ales maghiarii şi germanii fac propagandă. Propaganda minorităţilor o găseşte foarte periculoasă şi pentru ţară.

84. *Statistica şcolilor din Ardeal la sfârşitul anului 1923.* (Cultura creştină, Blaj, an. XIV. 1925, No. 1, pag. 27).

Se dă date statistice asupra şcolilor din Ardeal şi se arată şi suma cheltuită la susţinerea lor. Conform acestei statistici pentru şcolile române s'a cheltuit 285, iar pentru cele maghiare 87 milioane de Lei. Se stabileşte că suma de sus Statul o dă pentru a satisface articolului 10 din tratatul încheiat. Pune chestiunea, că oare n'ar trebui revizută politica şcolară si a rezolvi obligativitatea învăţământului cu ajutorul şcolilor confesionale?

85. *Statutul minorităților.* (Societatea de mâine, an. VII. 1930, No. 3).

Se scrie despre problema minoritară. Se stabilește că partidele politice de mai multe ori au promis că vor soluționa problema, însă nici odată n'au făcut nimic în acest sens. Acum guvernul Maniu va rezolva chestiunea, s'au și început deja lucrările. În cele ce urmează amintește rezoluțiunile dela Alba-Iulia.

86. *Stoica Vasile: Problema minorităților noastre.* (Arhiva pentru știința și reforma socială, an. IV. 1923, No. 6, pag. 700).

Se ocupă cu maghiarii din România, dă date statistice și indicațiuni istorice. Se ocnpă și cu istoria veche a maghiarilor, secuilor. Enumeră și studiază bisericile maghiare, apoi școlile.

87. *Stoica Vasile: Minoritatea noastră germană.* (Arhiva pentru știința și reforma socială, an. VI. 1926, No. 1–2, pag. 104).

Minoritatea germană din țară o studiază împărțită în cinci categorii. Se ocupă pe scurt și cu istoria ei, apoi cu bisericile, dând date statistice. În fine se ocupă cu economia și cultura minorității germane.

88. *Stoica Sever: Alba-Iulia în umbra Trianonului.* (Cluj, 1929, pag. 26).

Se ocupă cu rezoluțiunile dela Alba-Iulia. Enumeră acele părți din tratatul dela Trianon, care se referă la minorități. Apoi scrie și despre statutul minorităților ce va lua ființă.

89. *Suciu P.: Problema de naționalitate în fosta monarchie austro ungară.* (Societatea de mâine, an. VII. 1930, No. 1–2).

Se ocupă cu problema naționalităților din fosta monarchie austro-ungară și cu naționalitățile în general.

90. *Suciu P.: Sașii din Ardeal.* (Societatea de mâine, an. VII. 1930, No. 8–9., Autorul în acest articol se ocupă cu viața economică a sașilor în pragul istoriei. Amintește și privilegiile avute.

91. *Suciu P.: Desvoltarea orașelor ardelene.* (Societatea de mâine, an. IV. 1927, No. 10–11, pag. 135).

În studiul de sus amintește și minoritățile. Publică date statistice asupra locuitorilor orașelor după naționalități.

92. *Suciu P.: Problema orașelor ardelene.* (Societatea de mâine, an. 1924, No. 26, pag. 512).

Scrie și despre minoritățile din orașe.

93. *Suciu P.: Probleme ardelene: Problema minorităților etnice.* (Societatea de mâine, an. I. 1924, pag. 213).

Se ocupă cu minoritățile din Ardeal.

94. *Titeanu Eugen: Desbaterile dela Geneva și concluziile lor politice.* (Generația Unirii, Aprilie 1929, No. 1, pag. 19).

Arată reforma procedurii în materie de minorități. Se ocupă cu hotărârea Consiliului din 5 Sept. 1923. Găsește legătură între revendicările minorităților și între propaganda revizionistă. Cu hotărârea actuală — scrie — s'a tăiat agitația minorităților.

95. *Tribuna Românilor de peste hotare. Revistă.*
Se ocupă cu minoritatea română din străinătate.

96. *Tulbure G.: Saşii din Ardeal.* (Ţara noastră, 1923, pag. 821).
Arată trecutul saşilor, istoria lor. Aminteşte privilegiile lor, apoi acea că în prezent au mai mult de 300 de şcoli şi o cultură înaltă.

97. *«Ucraina rediviva».* (Societatea de mâine, an. V. 1928, No. 18, pag. 351).
Se amintesc minorităţile şi statutul minorităţilor ce va lua fiinţă.

98. *Uniunea interparlamentară şi chestiunea minorităţilor noastre.* (Societatea de mâine, an. IV. 1927, No. 9, pag. 131).
În acest articol se aminteşte expunerea Dlui Berzeviczy Albert în legătură cu minorităţile din România.

99. *Vasiliu D. B.: Glasul cifrelor.* (Ţara noastră. an. 1933, pag. 1605).
Dă date statistice referitor la locuitorii din Ardeal. Numărul maghiarilor îl cifrează la 1,305.000, iar al germanilor la 805.000. Stabileşte că numărul poporului român a scăzut iar al celor „străine" a crescut.

100. *Zaleski şi orientarea chestiunii minoritare.* (Generaţia Unirii, Mai 1929, No. 2, pag. 31).
Se dă câteva reflexiuni la problema minoritară în legătură cu conferinţa lui Zaleski. Se citează din conferinţa de sus. România — scrie — pentru chestiunea minoritară se face vinovată totdeauna injust.

Urkunden zu den Kämpfen im Schutze der Minderheitsschulen in Siebenbürgen.

1919–1929.

Verfasser: **Dr. Andreas Balázs**
Prälat-Domherr. VII.

XI.

No. 3210–1923.

Gegenstand: **Memorandum angelegentlich der Mittelschulverordnung des Unterrichtsministers Anghelescu.**

Die auf unsere katholischen Mittelschulen bezügliche Resolution No. 100.090/1923 nahmen wir dankbar entgegen. Wir

erfuhren daraus vonseiten des Herrn Ministers Verständnis für die schwierige Aufgabe unserer Kirche, die aus ihrem Recht der Erhaltung der Schulen entspringt. Dieses Verständnis ermutigt uns, neuerdings jene Schwierigkeiten vorzubringen, die nach der Resolution noch immer bestehen und die teilweise eben infolge der Resolution entstanden sind. Einige Verfügungen der Resolution haben wir schon vorher getroffen.

Leider müssen wir aber feststellen, dass die Resolution auch solche Dispositionen enthält, welche die Lage unserer Schulen in mancher Hinsicht noch verschlimmerten, als diese ehedem schon war und infolge dieser Verfügungen unser Schulerhaltungsrecht um Vieles ärger eingeschränkt wurde, als es laut der bestehenden Gesetze der Fall war. Wir führen diese nachteiligen Verfügungen einzeln vor.

1. Laut Punkt 2. der allgemeinen Bestimmungen dieser Verfügung sind wir verpflichtet, die Regeln unserer Schulen vorzulegen, zur Feststellung dessen, in welchem Masse wir die Verfügungen der staatlichen Schulregeln eingeführt haben. Diesbezüglich müssen wir bemerken, dass das, durch ministerielle Verordnung erlassene Mittelschulreglement No. 23.538 vom Jahre 1890 sich nicht auf die Schulen der autonomen Kirchen, also noch weniger auf die des siebenbürger röm. katholischen Status, einer par excellence autonomen Kirche angehörig, bezieht. (Siehe Pirchala, Band II. Punkte 163, 164). Diese Schulen besitzen eigene Regeln, welche der Kultus- und Unterrichtsminister für die Gimnasien des siebenbürger röm. kath. Status, auf Grund des allerhöchsten Ortes angenommenen Wirkungskreisreglements vom 4. November 1893 Artikel IX, begutachtete.

Und was nun das sogenannte Regulamentul betrifft, ist jede schulerhaltende kirchliche Behörde beflissen, sich dieser anzupassen, mehrere ihrer Punkte sind schon eingeführt worden. Bis jedoch alle Verfügungen des Regulamentul in Kraft treten, bis dahin ist längere Übergangszeit nötig, ausserdem wären hinsichtlich unserer gesetzlich gesicherten Schulerhaltungsrechte Veränderungen daran erwünscht. Eben darum baten wir Herrn Minister, uns zu dessen Inkraftsetzen, resp. bis zu deren Anpassung an unsere Verhältnisse Zeit lassen zu wollen. Dies sind wir gezwungen immer wieder zu betonen.

2. Die besonderen Verfügungen der Verordnung Herrn Ministers sind noch belastender. Eine ausserordentlich bekla-

genswerte ist die Verfügung des Punktes 1. Demgemäss müssten wir in unseren Mittelschulen ausser der rumänischen Sprache die Geschichte, Geografie und Verfassungslehre Rumäniens in rumänischer Sprache unterrichten.

Diese Verfügung greift die ungarische, resp. deutsche Unterrichtssprache unserer Anstalten von Grund auf an und steht im Gegensatze zu dem noch jetzt giltigen § 7. des Gesetzartikels XXX vom Jahre 1883, im Sinne dessen die Konfessionen selbst die Unterrichtssprache der konfessionellen Schulen bestimmen. Es wird nur soviel von den Konfessionen gefordert, dass die Sprache und Litteratur des Staates, als regulärer Gegenstand in entsprechender Stundenzahl unterrichtet werde, doch nur in der VII. und VIII. Klasse in der Staatssprache. Dies war bekanntlich schon vor Jahren eingeführt, die rumänische Sprache und Litteraturgeschichte unterrichten wir in unseren Mittelschulen in entsprechender Stundenzahl und zwar rumänisch, obwohl es zweifellos erfolgreicher wäre, die rumänische Sprache in den unteren Klassen in ungarischer Sprache zu unterrichten. Im Sinne der bestehenden Gesetze können wir nicht zu höherer Leistung verpflichtet werden.

Der ausschliesslich rumänische Unterricht von Geschichte, Geografie und Verfassungslehre würde die Unterrichtssprache unserer Schulen ändern und die Anwendung der Muttersprache als ausschliessliche Lehrsprache in den konfessionellen Schulen unmöglich machen. Darein würden aber unsere Gläubigen nicht einwilligen. Den ausschliesslichen Gebrauch der Muttersprache als Unterrichtssprache in unseren Schulen sichern uns ausser den bestehenden Gesetzen auch die Punkte 9. und 10. des Pariser Vertrages.

Die Durchführung dieser Verordnung ist unsererseits auch praktisch unmöglich. Unsere Professoren können die rumänische Sprache noch nicht dermassen beherrschen, dass sie diese Gegenstände in rumänisch entsprechend vortragen könnten. Würden wir es aber dennoch erzwingen, so litte darunter der Unterricht selbst. Das Resultat wäre hinsichtlich der Materie viel geringer, wegen ungenügender Kenntnis der Vortragssprache.

Punkt 8. der Verordnung weist auch darauf hin, dass im Unterrichtsministerium selbst die Meinung besteht, die Fähigkeit unserer Professoren zum Unterricht dieser Lehrgegenstände wäre ungenügend, sonst hätte das Ministerium nicht für den Zeitraum

zwischen 15. August und 1. September das Ablegen von Prüfungen in rumänischer Sprache für unsere sämtlichen Professoren bindend vorgeschrieben, ebenso die Absolvierung von Examen in rumänischer Geschichte, Geografie und Verfassungslehre für die betreffenden Professoren.

Wir bitten daher Herrn Minister, von der Durchführung dieser Verordnung abzusehen, umsomehr, als wir mit aller Hingabe danach trachten, die rumänische Sprache innerhalb der vorgeschriebenen Stunden zu erlernen.

Im Punkte 1. dieser Verordnung wird Unterschied getan zwischen den konfessionellen Schulen vor und nach 1918, als wären die Schulen nach 1918 nicht ebensolche Konfessionsschulen, wie vorher und nicht der gleichen Bewertung unterlegen. Darauf bemerken wir nur soviel, dass diese Unterscheidung sich weder auf kirchliche, noch weltliche Gesetze stützt. Die Ordensschulen nach dem Zeitpunkt 1918 sind ebensolche katexochen konfessionelle Schulen unter der Leitung des Bischofs, wie diese von vorher.

3. Das Obligo, unsere Professoren sollten im August nächsten Jahres von diesen Gegenständen Prüfungen bestehen, ist ebenfalls eine schwer durchführbare, harte Anforderung. Zur Erlernung einer Sprache, um sie in Wort und Schrift exakt gebrauchen zu können, ist ein Jahr eine zu kurze Frist. Nur mit besonderem Sprachtalent gesegnete Personen wären dessen fähig, manche, besonders solche in vorgeschrittenem Alter sind dazu nicht imstande.

Die Abschnitte 64. und 65. des Gesetzartikels XXX von 1883, worauf sich die Verordnung beruft, schreiben dies nicht vor bezüglich solcher Professoren, die ihre Diplome schon erlangt haben. Diese Paragrafen beziehen sich ausdrücklich nur auf die Bedingungen der Professors-Qualifikation für solche Personen, die noch kein Professordiplom besitzen. Die Befähigung alter, diplomierter Professoren beanständet dieses Gesetz nicht. Denen mit nicht ungarischer Muttersprache ist zur Erlangung der ungarischen Professor-Befähigung ein Zeitraum von 10 Jahren zugebilligt. (Siehe § 70. des Gesetzartikels XXX von 1883). Das Schicksal unserer Professoren und unserer Schulen darf also nicht vom Resultat der rumänischen Sprachprüfung abhängig gemacht werden, sie dem Wohlwollen der Prüfungskommissionen ausliefernd. Das Durchzwingen dieser Verfügung

würde das massenhafte Zurücktreten der Professoren von dieser Laufbahn zum Nachteile der Kultur nach sich ziehen. Wir können dies bei bester Absicht nicht durchführen.

Wir bitten, die Bestimmung bezüglich der unterrichtenden Personen in rumänischer und französischer Sprache weiterhin beizubehalten, nämlich, dass Solche, die bisher mit Erfolg Rumänisch und andere Gegenstände unterrichteten, übergangsweise auch im nächsten Jahre lehren mögen, wenn sie auch nicht im Besitze der Professor-Qualifikation sind. Nonnen und anderen Lehrkräften sei der Unterricht in den unteren Stufen mit Bürgerschuldiplom gestattet, wie Herr Minister dies dem siebenbürger Bischof wörtlich zu erlauben die Güte hatten.

4. Auch jener Punkt der Verordnung ist verletzend, der die Privatschüler zum Besuch der staatlichen Schulen zwingt und sie dadurch den konfessionellen Schulen fernhält. Die Aufnahme von Privatschülern in konfessionellen Schulen sichert diesen den Abschnitt 15. des Gesetzartikels XXX von 1883. Demgegenüber ist die Berufung auf das unter No. 5927/1920 herausgegebene Decret nicht stichhältig. Dieses Decret behandelt nämlich die staatlichen Zeugnisse der, auf privatem Wege lernenden oder in Privatschulen vorbereiteten Mittelschüler. Keinesfalls bezieht sich dieses also auf unsere Schulen, welche nicht private, sondern öffentliche Schulen sind und nicht zur Kategorie jener Privatschulen gezählt werden können, die im Altreich wirken. Dieses Decret kann auch darum nicht auf uns bezogen werden, weil das Öffentlichkeitsrecht unserer Schulen mittels eines derartigen Decretes weder eingestellt, noch eingeschränkt werden kann, zumal der Gesetzartikel XXX von 1883 noch giltig ist, den keinerlei Gesetz ausser Kraft gesetzt hat. Solch ein Gesetz wäre nur durch Abschaffung unserer Minderheitsrechte denkbar. Die Abschaffung dieser Rechte stünde aber weder im Interesse der Regierung, noch des Staates.

Die Zurückweisung der Privatschüler von der konfessionellen Schule verletzt auch die Lehrfreiheit empfindlich, welche in den Prinzipien der Punkte 11. und 6. des Gesetzartikels XXXVIII vom Jahre 1868 den Eltern wie den Schulen in gleicher Weise zugesichert ist.

Das Prinzip der Lehrfreiheit verletzt auch der Punkt der Verordnung, der die Aufnahme der andersgläubigen Schüler in die konfessionellen Schulen einschränkt. Es existiert kein ein-

ziges Gesetz, welches dies den Konfessionen verbieten würde. Die konfessionellen Schulen dienen, ausser dem religiösen Unterricht, auch der allgemeinen menschlichen Kultur. Ihr Beruf ist, Jeden – ohne Glaubensunterschied – mit den Schätzen der Bildung bekanntzumachen und in religiösem Geiste zu erziehen. Nirgends kennen wir eine Gesetzgebung, die den Schülern anderer Religion den Besuch konfessioneller Schulen in irgend einer Weise verbieten würde. Der schlagendste Beweis hiefür liefert das Altreich, wo die Schüler ohne Unterschied der Religion sogar in Privatschulen aufgenommen werden. Umso mehr können sich unsere Schulen dieses Rechtes bedienen, welches ihnen das Gesetz noch nicht entzogen hat. Demzufolge bestehen wir darauf, andersgläubige Schüler ohne Unterschied und Einschränkung, sowie Privatschüler in unseren katholischen Schulen aufnehmen zu dürfen.

Schliesslich müssen wir die Zulassung der Koedukation wenigstens in solcher Form bitten, dass Mädchenschüler in den Knabenschulen als Privatschüler eingeschrieben werden dürfen. In unseren Anstalten fanden wir dies nicht als für die moralische Erziehung nachteilig, wo die Koedukation, bei gehöriger Aufsicht und intensiver moralischer Erziehung ohne Gefahr auch vorher in Anwendung war.

Wir bitten Herrn Minister, unserer sachlichen Ausführung Ihre wohlwollende Aufmerksamkeit zu schenken, umsomehr, als wir wiederholen, die obgenannten Beschwerdepunkte der Verordnung unsererseits in keiner Weise durchführen zu können.

Empfangen Herr Minister . . . etc.

Klausenburg, den 6. Oktober 1923.

XII.

No. 3008 – 1923.

Gegenstand: **Die Volksschulverordnung des Unterrichtsministers Anghelescu.**

Die unter No. 100.088/1923 erfolgte Verordnung enthält bezüglich unserer Volksschulen so beschwerliche Punkte, denen gegenüber wir es als unsere Pflicht betrachten, unseren auf gesetzlicher Grundlage beruhenden Standpunk vor Herrn Minister zu umschreiben.

1. Als eine derart schwerwiegende Verfügung betrachten wir den Punkt 4. der allgemeinen Bestimmungen, der die Auf-

nahme andersgläubiger und anderssprachiger Schüler untersagt, — Ausnahme nur dort zulassend, wo keine staatliche Schule besteht.

Wir erklären, dass diese Verfügung bei den bestehenden Gesetzen nicht begründet werden kann und auch bei dem naturgemässen Stand der Dinge unhaltbar ist.

Unter den bestehenden Gesetzen ist in den Punkten 11. und 6. des Gesetzartikels XXXVIII. vom Jahre 1868. zugleich mit dem Recht der Schulerrichtung das unbedigte Recht der Lehrfreiheit der Konfessionen zugesichert.[1] Mit dieser Lehrfreiheit ist die Einschränkung jenes natürlichen Rechtes der Eltern, ihre Kinder in dieser Schule unterrichten zu lassen, welche ihnen am besten entspricht, unvereinbar. Ein schlagender Beweis dieses Standpunktes ist das Altreich selbst, wo z. B. in den von Ordensmitgliedern erhaltenen Schulen ohne Religionsunterschied Schüler aufgenommen werden.

2. Noch viel gewichtiger als diese Anordnung ist der Punkt 1. der Spezialverordnungen, der in allen einer Minderheitssprache angehörenden Volksschulen den obligaten Unterricht der rumänischen Sprache in täglich einer Stunde für die I. und II. Klasse vorschreibt.[2] In der III. und IV. Klasse zwei Stunden täglich rumänisch, überdies den Unterricht von Geschichte, Geografie und Verfassungslehre in rumänischer Sprache anordnet. Mittels dieser Verordnung wurde in unseren Volksschulen die rumänische als Unterrichtssprache eingeführt, obwohl im Sinne sämtlicher Gesetze die Minderheitsvölker in den Volksschulen als Unterrichtssprache die eigene Sprache gebrauchen durften.

Dies beweisen folgende Gesetzartikel:

§. 58. des Gesetzartikels XXXVIII. von 1868 stellt mit Bestimmtheit fest, dass der Unterricht in den Volksschulen in der Muttersprache geschieht. Für die Volksschulen ist dieses Gesetz grundlegend.

§. 4. des Gesetzartikels XVIII. vom Jahre 1879 hob dieses grundlegende Gesetz nicht auf, änderte daran nur soviel, dass

[1] Wir wiederholen hier, dass unter den vor 1919 gebrachten Gesetzen immer ungarische Gesetze zu verstehen sind.

[2] Auf Eingreifen des Ministerpräsidenten Ionel Bratianu wurde die I. und II. Klasse der Volksschule dem Befolgen dieser Verordnung enthoben. Demzufolge verpflichtet auch das Privatunterrichtsgesetz erst von der III. Klasse an zum Unterricht der rumänischen Sprache.

der Unterricht der Staatssprache, resp. deren Übung in jedweder öffentlichen Volksschule als obligat erklärt wurde.

Bei oberflächlicher Betrachtung scheint es, als wäre unsere beanständete Verordnung durch diesen Gesetzartikel gerechtfertigt. Doch nach gründlicher Prüfung kann sich Jedermann überzeugen, dass der angeführte Gesetzabschnitt ganz Anderes vorschreibt, als was die ministerielle Verordnung bezweckt.

Während nämlich dieser Gesetzartikel die Staatssprache in den Volksschulen als obligatorisch erklärt, schreibt er gleichzeitig vor, dass die Staatssprache nur stufenweise eingeführt werde, und zwar dann und dort, wann und wo die Lehrer der Sprache derart fähig sind, um sie unterrichten zu können.

Die Ereignisse bestätigten die voraussehende Behutsamkeit des Gesetzartikels.

Denn es geschah, dass nicht einmal diese gemässigte, binnen der Grenzen der Möglichkeit gewünschte Durchführung des Gesetzes erreicht werden konnte. In den Schulen der Volksminderheiten wurde der Unterricht der ungarischen Sprache entweder gar nicht, oder gänzlich erfolglos eingeführt. Sozwar, dass der Unterrichtsminister darum unter No. 30.332/1902 eine neue Durchführungsverordnung erlassen musste. Diese wiederholte die kultus- und unterrichtsministerielle Verordnung No. 72.000 vom Jahre 1905. Nachdem auch diese Verordnungen erfolglos blieben, sah sich sogar die Gesetzgebung veranlasst, durch den Gesetzartikel XXVII im Jahre 1907 in den nicht ungarisch-sprachigen Schulen den Unterricht der ungarischen Sprache anzuordnen.

Folgenden Abschnitt der vorhin erwähnten Verordnung No. 72.000/1905, wollen wir hier anführen, weil er ungemein lehrreich ist: „Der den obligaten Unterricht der ungarischen Sprache bestimmende Gesetzartikel XVIII/1879 besteht nun schon seit einem Vierteljahrhundert und wir müssen dennoch erfahren, dass dieses Gesetz noch immer nicht . . . zur Geltung erhoben ist . . . Laut der jüngst eingezogenen Daten ist von den in unserem Vaterland bestehenden 3343 nichtungarischen Volks-Schulen – welche mit Ausnahme von 90, konfessionelle Schulen sind – in 1340 der Unterricht der ungarischen Sprache keinen Erfolg aufweisen konnte . . ."

Herr Minister! Diese Daten sprechen beredter als alles Andere. Sie bezeugen, dass ein Volk zum Erlernen einer an-

deren Sprache weder mit Gesetzen, noch mit Verordnungen bis zu einem Termin nicht gebracht werden kann. Dazu kann nur die geschichtliche Entwicklung und das langjährige friedliche Zusammenleben der Völker verhelfen.

Wir bitten daher Herrn Minister, geruhen Sie die Verfügung ausser Kraft zu setzen, besonders in jenem Teile, der in der I. und II. Klasse der Elementarschule den obligaten Unterricht der rumänischen Sprache, sowie den rumänischen Unterricht von Geografie und Geschichte anordnet. Es ist geradezu eine pädagogische Unmöglichkeit, dass kleine Kinder, die das ABC ihrer eigenen Muttersprache und Lesen und Schreiben schwer erlernen, gleichzeitig sich mit dem Lesen und Schreiben einer ihnen unbekannten Sprache befassen sollen. Wir bitten ferner, die rumänische Sprache als Unterrichts- oder Prüfungssprache nicht vorschreiben zu wollen, selbst nicht bei den Absolvierungsprüfungen.

Wir wünschen, dass Diejenigen, die es notwendig haben, die Staatssprache unbedingt erlernen, und halten deren Kenntnis als für jeden nützlich. Dies bezeugten wir genugsam dadurch, dass wir in der III. und IV. Klasse der Elementarschule den Unterricht der rumänischen Sprache eingeführt haben.

Wir bitten, die Regierung möge das uns überlassen, das Resultat wird um Vieles günstiger ausfallen, als wenn wir mit Zwangsverordnungen zur Lösung unmöglicher Aufgaben verpflichtet werden.

Endlich halten wir ebenso wie bei den Mittelschulprofessoren, auch bei den Volksschullehrern die Ausführung des Punktes 4 der Verordnung für unmöglich, laut welcher alle unsere Lehrer zwischen 15. August und 1. September 1924 von rumänischer Sprache, Geschichte, Geografie und Verfassungslehre Rumäniens rumänisch Prüfung zu bestehen haben.

Diesbezüglich müssen wir feststellen, dass diese Verfügung sich auf keinerlei Gesetz stützt. Solcherlei Gesetz zu schaffen, wäre auch nicht zweckdienlich, da es an die Untertanen solche Anforderungen stellen würde, zu deren Erfüllung sie entweder überhaupt nicht, oder nur mit riesigem Kraftaufwand fähig wären. Wir müssen daher die hohe Regierung bitten, dies zu berücksichtigen und den Durchführungspunkt dieser Verordnung auch aufheben zu wollen.

Die Zeit wird kommen, und zwar nicht allzu ferne, wo

unsere Lehrkräfte ohne jeden Zwang fähig sein werden, die rumänische Sprache in Wort und Schrift derart zu handhaben, wie dies ihre Staatsbürgerschaft und die gegebene Situation erfordert.

Empfangen...

Klausenburg, den 6. Oktober 1923.

XIII.

3358 – 1923.

Gegenstand: **Majestätsgesuch angelegentlich der beschwerlichen Schulverordnungen.**

Königliche Majestät!

Mit untertäniger Ehrerbietung erscheinen wir vor Eurer Majestät, um zu Füssen des Trones Schutz und Abhilfe gegen die Beschwerden zu suchen, die infolge der Schulverordnungen Hunderttausende der katholischen Gläubigen trafen und von den untersten Volksschichten bis zu den obersten in den Seelen Verstimmung, Schmerz und Unruhe erweckten.

Wie bekannt hat das Unterrichtsministerium in seinen Verordnungen No. 100.088/1923 und 100.090/1923 mehrere solche Verfügungen bezüglich unserer katholischen Mittel- und Volksschulen getroffen, welche wir – als mit unseren gesetzlich gesicherten Rechten im Widerspruch und auch praktisch unausführbar, in den Eingaben No. 3008/1923 und 3210/1923 zum Unterrichtsministerium – ausser Kraft zu setzen baten. Auf diese Eingaben erhielten wir bis zum heutigen Tage keine Antwort, aus dem Vorgehen der Unterrichtsfunktionäre lässt sich jedoch folgern, dass die Unterrichtsverwaltung, sich unserer begründeten, gerechtfertigten Bitte verschliessend, ihre für uns verletzenden und beschwerlichen Verordnungen durchzuführen gedenkt.

Die Vertretung des ganzen bischöflichen Distriktes, bestehend aus kirchlichen und weltlichen Katholiken, beschloss an der heutigen Tages abgehaltenen ordentlichen jährlichen Statusversammlung einhellig, zwecks Abschaffung der beschwerlichen Verordnungen sich an Eure Majestät zu wenden, mit dem vollen Vertrauen der Untertanen, als den Beschützer von Gesetz und Gerechtigkeit und den väterlichen Herrscher, der das Wohl und die Zufriedenheit aller seiner Völker am Herzen trägt.

Die obgenannten ministeriellen Verordnungen enthalten hauptsächlich folgende verletzende oder gesetzwidrige Verfügungen:

A)

1. In unseren katholischen Mittelschulen sollen wir ausser der rumänischen Sprache die Geschichte, Geografie und Verfassungslehre Rumäniens in rumänischer Sprache unterrichten. Diese Verordnung steht im Gegensatz zu dem Gesetzartikel XXX Abschnitt 7 vom Jahre 1883, wonach die Unterrichtssprache der konfessionellen Schulen von den Konfessionen selbst festgesetzt wird und die Konfessionen nur dazu verpflichtet sind, die Staatssprache und Litteratur als regulären Lehrgegenstand in allen Klassen der Mittelschule in entsprechender Stundenzahl zu unterrichten, doch nur in der VII. und VIII. Klasse in der Staatssprache.

Die Durchführung dieser Verordnung ist unsererseits auch praktisch unmöglich, da unsere Professoren der rumänischen Sprache noch nicht in der Weise mächtig sind, um diese Gegenstände rumänisch entsprechend unterrichten zu können. Wir bemerken, dass wir den Unterricht der rumänischen Sprache und Litteratur in entsprechender Stundenzahl schon in den vergangenen Schuljahren in sämtlichen Klassen angeordnet und alles getan haben und auch in Zukunft tun werden, um die je gründlichere Erlernung der Sprache zu erreichen.

2. Laut der Verordnung dürfen wir Schüler anderer Konfessionen in unseren Schulen nicht aufnehmen, nur solche Schüler anderer Konfessionen dürfen ihre Studien bei uns fortsetzen, die schon in den vorigen Schuljahren da waren und auch diese nur von der III. Klasse aufwärts. Diese Verfügung steht im Widerspruch mit dem § 4 des Gesetzartikels XX vom Jahre 1848, demgemäss es Jedermann ohne Religionsunterschied erlaubt ist, gegenseitig die Schulen zu besuchen. Solche Einschränkung ist mit der Lehrfreiheit keineswegs vereinbar und an den meisten Orten ist es für die Eltern infolge der Ortsverhältnisse unumgänglich, ihre Kinder in Schulen anderer Konfession zu schicken.

3. Der Verordnung gemäss sind nur in staatliche Schulen Privatschüler aufzunehmen. Diese Verfügung ist im Widerspruch mit dem Abschnitt 15 des Gesetzartikels XXX vom Jahre 1883, der den Konfessionsschulen die Aufnahme von Privatschülern sichert. Überhaupt enthält diese Verfügung ebensolchen Zwang gegenüber dem natürlichen Recht der Eltern, wie die vorherige, indem es ihnen unmöglich gemacht wird, ihre Kinder in jene Schule zu schicken, die ihnen am besten entspricht.

4. Eine weitere Schwierigkeit für unsere Schulen bedeutet die Verfügung, dass in unseren Schulen nur solche Professore Erlaubnis zum Unterricht der rumänischen Sprache, Geschichte, Geografie und Verfassungslehre Rumäniens erlangen, die im Zeitraum zwischen 15. August und 1. September 1924 von diesen Gegenständen Prüfung ablegen und alle Professoren, ohne Rücksicht auf ihr Fach verpflichtet sind in der selben Zeit von rumänischer Sprache und Litteratur Prüfung zu machen.

Diese Verfügung steht im Gegensatz zu den Abschnitten 60–65 des Gesetzartikels XXX von 1883. Diese Gesetzabschnitte schreiben diese Bedingungen einer Professorenbefähigung, so auch die Kenntnis der Staatsspache für solche Personen vor, die keine Professoren-Ausbildung besitzen und dieselbe sich verschaffen wollen. Für befähigte Professoren ist aber in diesen Gesetzabschnitten keinerlei Examen vorgeschrieben. Der § 70 erteilte sogar die Möglichkeit, dass Einzelne binnen zehn Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes das Professorexamen auch in der nicht Staatssprache bestehen können.

Übrigens ist es unmöglich, besonders bei Personen in vorgeschrittenem Alter das Erlernen einer Fremdsprache in so kurzer Zeit zu fordern.

5. Die Verordnung verfügt die sofortige Einführung des im Altreich gebrauchlichen Regulamentul. Dieses steht im Widerspruch mit der im Gesetzartikel XXX Abschnitt 41. uns zugesicherten Autonomie und mit dem, am 4. November 1893 vom König begutachteten 9. Abschnitt des Wirkungskreis-Reglements, in derem Sinne der siebenbürger röm. kath. Status hinsichtlich seiner Schulen die Ordnungsregeln selbst bestimmt.

Wir schliessen auch die Angelegenheit des temesvarer Piaristengimnasium hier bei. Dieses Gimnasium befindet sich mit dem Bistum von Csanád in engem Rechtsverhältnis, weshalb wir bitten, dass diese Lehranstalt hinsichtlich ihrer Unterrichtssprache ebenfalls als konfessionelle behandelt werde.

B)

Bezüglich der Elementarschulen enthält die ministerielle Verordnung in mancher Hinsicht noch beschwerlichere Verfügungen.

Laut der Verordnung müsste man nämlich von diesem Schuljahr an schon von der I. und II. Klasse an in täglich einer Stunde, von der III. Klasse an täglich 2 Stunden die rumänische Sprache unterrichten und ausserdem ebenfalls rumänisch die Geschichte, Geografie und Verfassungslehre Rumäniens lehren.

Diese Verfügung ist teilweise ungesetzlich, teilweise pädagogisch unausführbar. Den Unterricht der Staatssprache verordnete zwar der Gesetzartikel XVIII. vom Jahre 1879, doch

bestimmt dessen 4. Abschnitt auch, dass der Unterricht nur allmählich einzuführen sei, nämlich dort und dann, wo und wann die Lehrer die Sprache derart erlernt haben, um sie entsprechend unterrichten zu können. Die Ereignisse bestätigten, dass die Durchführung dieser Verordnung selbst in so schonender Form nicht gelang, wie die ministerielle Verordnung No. 72.000 vom Jahre 1905 und der Gesetzartikel XXVI. vom Jahre 1907 bezeugen welche die Durchführung urgierten.

Es ist pädagogisch undenkbar, dass Elementarschüler, der I. und II. Klasse, die sich mit dem Erlernen der eigenen Sprache plagen, zugleich eine andere Sprache zu lesen und zu schreiben lernen sollen.

Jene Verordnung jedoch, die Geschichte, Geografie und Verfassungslehre Rumäniens solle in den Elementarschulen rumänisch erfolgen, besitzt keinerlei rechtliche Grundlage. Es gibt kein Gesetz, welches den rumänischen Unterricht dieser Gegenstände anordnet. Allen einschlägigen Gesetzen gemäss unterrichten die konfessionellen Schulen in ihrer eigenen Sprache und gebrauchen die Staatssprache bei diesen Gegenstängen höchstens als Sprachübung, wobei aber die eigene Sprache als Unterrichtssprache beibehalten wird.

Auch praktisch halten wir es derzeit als unsererseits unausführlich.

Für die Elementarschulen ist auch das Verbot, Schüler einer anderen Konfession und Privatschüler aufzunehmen, verletzend, ebenso wie die Verfügung, laut welcher die Elementarschullehrer so wie die Mittelschulprofessoren verpflichtet sind, die oben erwähnten Prüfungen zu bestehen. Gegenüber dieser Verordnungen bestehen die vordem angeführten gesetzlichen Begründungen.

Königliche Majestät! Als Fürsprecher des verstörten Gewissens mehrerer hunderttausend Gläubigen bitten wir Eure Majestät, zum Ausdruck der Gerechtigkeitsliebe und des Wohlwollens Eurer Majestät für Eure getreuen Untertanen beruhigende Anordnungen zu treffen, welche geeignet sind, die gestörte Seelenruhe, den Frieden der Katholische Volksschichten wiederherzustellen und dem Universum der Katholizität es ermöglichen, dass die katholischen Schulen ungestört ihre Tätigkeit fortsetzen und jene friedliche Kulturarbeit besorgen können, welche im Interesse der Konsolidation des Staates unter den heutigen aufrührerischen Strömungen ungemein notwendig und zu deren Verrichtung eben die auf religiös-moralischer Grundlage beruhende Erziehungsmethode der konfessionellen Schule am geeignetsten ist.

Eurer Majestät in tiefer Ehrerbietung

aus dem Beschluss der am 25. X. 1923. abgehaltenen Generalversammlung.

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipografia Husvéth şi Hoffer, Lugoj.